

Der Grundstein.

Offizielles Wochenblatt für die deutschen Maurer und verw. Berufsgenossen.

Obligatorisches Organ für die Mitglieder des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands, der Stukkaturen und verwandten Berufsgenossen,

sowie der

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkaturen Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“.

Herausgeber: Johann Stünig, verantwortlicher Redakteur: Fritz Paeplow, Verleger in Hamburg.

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. — Der Abonnementspreis beträgt pro Quartal M. 1.— ohne Bestellgeb., bei Ausgabung unter Kreuzband M. 1,40.

Anzeigen die dreieckige Postzettel oder deren Raum 80 A. — Postkatalog Nr. 3116.

Redaktion und Expedition: Hamburg, St. Georg, Neue Bremmerstraße 16, erste Etage.

Auf Arbeitsmänner, schließt die Reihen! Berufsgenossen! Gesellen, Arbeiter der Baugewerbe!

Am Donnerstag, den 16. Juni, soll das deutsche Volk abermals sein höchstes politisches Recht, sein Reichstagswahlrecht, ausüben. Ein neuer Reichstag ist zu wählen, der, wie der jetzt zu Ende gegangene, eine fünfjährige Legislaturperiode hat.

Vom Ausfall der Neuwahlen, von der Zusammensetzung des künftigen Reichstages, hängt in hohem Grade das Geschick des arbeitenden Volkes ab. Das Ihr, Männer der Arbeit, bei dieser Wahl verlaufen oder versetzen, das kommt Ihr in fünf Jahren, ja vielleicht niemals wieder gut machen. Trefft Ihr eine falsche Wahl, folgt Ihr nicht der richtigen Erwähnung betrifft Eurer berechtigten Interessen, so werdet Ihr es schwer zu büßen haben!

Am Wahlgange habt Ihr zu bestimmen, da liegt es in Eurer Hand, darüber zu entscheiden, ob ein gutes und wahrhaft volksfreundliches, aber ein schlechtes, ein volksfeindliches Parlament zu Stande kommen soll. Ihr, Männer der arbeitenden Klassen, bildet die Mehrheit der Reichstagswähler. Siegen die reaktionären Parteien, so ist das Eure Schuld, und eine reaktionäre Reichstagsmajorität wird dann noch rücksichtsloser über Euch bestimmen, wie es weiter geschiehen ist.

Seht Euch also vor! Gebt Acht, in wessen Hände Ihr Euer Schicksal und das Schicksal der ganzen deutschen Nation legt.

Sozialarbeiter und alle Anderen, die Ihr auf den Erwerb durch ehrliche Arbeit angewiesen seid — für Euch steht bei den Reichstagswahlen das Meiste auf dem Spiele!

Konservative, Agrardemagogen, heuchlerische Liberalen, Zentrumsmänner, Antisemiten und sonstige sogenannte „Ordnungspolitiker“ bühnen um Eure Stimmen, indem sie Euch freundliche Worte sagen und schöne Versicherungen geben. Alle diese Parteien aber haben von jeher mehr oder weniger

verbrecherisch am arbeitenden Volke gehandelt. Sie treten im Reichstage für die Sonderinteressen der herrschenden Stände und Klassen ein, während sie Eure Interessen, Euer Recht und Eure Freiheit verrathen und bekämpfen.

Das arbeitende Volk braucht in der Gesetzgebung Männer, die mit ihm fahnen und denken, seine Mühen und Leiden kennen und entschlossen eintreten für seine Interessen, sein Recht und seine Freiheiten, solche Männer sind die sozialdemokratischen Kandidaten,

die Kandidaten der einzigen wahren Volkspartei, die das Recht der Arbeit, das Wohl des Volkes auf Ihre Fahne geföhrt hat und seit mehr als dreißig Jahren mutig dafür kämpft.

Die reaktionären Parteien sind unausgesetzt am Werke, dem arbeitenden Volke das Bischof-Recht und Freiheit zu nehmen, das es noch besitzt. Ihre Parole ist die

Ausrottung der Arbeiterklasse,

damit sie der Ausbeutung dieser Klasse ungefährter und erfolgreicher obliegen können. Sie sind darauf bedacht, der Arbeit immer neue Lasten, immer schwerere Pflichten aufzubürden. Und der Dant, den sie dem arbeitenden Volke für Erfüllung dieser Pflichten zollen, ist, daß sie bestrebt sind, es politisch zu entziehen und wirtschaftlich zur Ohnmacht zu verdammen! Erlangen sie im nächsten Reichstage die Oberhand, so werden sie in erster Linie die

Bernichtung des Reichstagswahlrechtes

sich angelegen sein lassen, um die Arbeiterklasse von der Mitwirkung an der Gesetzgebung auszuschließen.

Dieses Wahlrecht ist den Volks- und Arbeiterfeinden immer ein Dorn im Auge gewesen, weil es der Arbeiterklasse eine selbständige Vertretung ermöglicht und ihr einen Einstieg auf die Gesetzgebung des Reiches sichert. Sobald sie die Macht haben, werden sie es beseitigen. Das haben konservative, national-liberale und zünftlerische Politiker im Laufe des letzten Jahres oft genug offen ausgesprochen. Nicht minder ist das

Koalitionsrecht der Arbeiter

bedroht. Ihr Alle, Freunde und Genossen, wisst ja, wie sehr besonders in letzter Zeit dieses Recht den gehässigsten und rücksichtslosesten Angriffen seitens der reaktionären Parteien ausgelebt gewesen ist und in welchem Maße die Regierung ihre Meinung beladen hat, eine sogenannte „Revision“ des Koalitionsrechtes einzutreten

zu lassen. Wir wissen, was darunter zu verstehen ist! Auf die Vergewaltigung dieses Rechtes, die schon jetzt so oft geübt wird, kommt es den Unternehmern, den reaktionären Parteien, den herrschenden Ständen und Klassen an, für Arbeitsherren vollste Freiheit der Organisation und Koalition, die Freiheit der Willkür — für die Arbeiter die Unfreiheit, die Knebelung, die Verhältnisstellung zur Ohnmacht im wirtschaftlichen Kampfe.

Ihr, die Arbeiter des Baugewerbes, habt die Vergewaltigung des Koalitionsrechtes bereits am schwersten mit empfunden. Erinnert Euch des Vorgehens der Baugewerks-Innungen, Eures gegen Euer Koalitionsrecht gerichteten Eingangs an den Reichstag! Komme eine reaktionäre Reichstagsmajorität zu Stande, so wird das geschehen, was diese Innungen fordern.

Auch das Recht der Freizüglichkeit, ebenfalls ein Grundrecht des Menschen, besonders der Arbeiter, ist in Gefahr. Die Konseriativen und andere reaktionäre Elemente wollen es beseitigen. Der Arbeiter soll nicht mehr das natürliche Recht ausüben dürfen, sich seinen Wohnort zu wählen, wie es ihm beliebt, sich Arbeit und Brod zu suchen, wo er glaubt, sie am besten finden zu können; er soll wieder an die Schule gefesselt werden, damit er der Ausdeutung und Unterdrückung sich nicht so leicht entziehen kann.

Bevorhin für Euch, baugewerbliche Arbeiter, die Ihr in so großer Zahl vom flachen Lande seid, würde die Vernichtung der Freizüglichkeit ein fühlbarer Schlag sein.

Die Reaktionäre hassen die Freizüglichkeit, wie sie das allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht, das Koalitionsrecht der Arbeiter, die Presse, und Versammlungsfreiheit, überhaupt alle Rechte und Freiheiten haben, deren arbeitende Volk zur Wahrung und Förderung seiner berechtigten Interessen bedarf.

Diese Rechte, diese Freiheiten zu vertheidigen gegen die Umsturzbefriedungen der Reaktion ist die Aufgabe der Sozialdemokratie!

Noch jüngst schwere Gefahren drohen dem arbeitenden Volke. Schön jetzt ist dasselbe durch ein ungerechtes System der Besteuerung (Bölle und Verbrauchsabgaben auf die notwendigsten Konsumartikel) umgehener belastet. Es muß dem Staate, dem Reiche, den Agrarier, diesen schlimmsten aller Bruttomüller vom knappen Erlös seiner Mühlen Tribut entrichten, für den unerlässlichsten Lebensunterhalt. Damit die Großgrundbesitzer ihre Taschen füllen können, muß das arbeitende Volk sein tägliches Brod ihrer bezahlen.

Theures Brod und Hungerlöhn für die Arbeiter, so wollen es die Agrarier und ihre Bundesgenossen. Und wenn die deutschen Arbeiter sich auflehnen gegen die Hungerlöhn, dann stellt man ihnen ausländische, bedürftige, billige Arbeiter gegenüber.

Und das, im Bunde mit der öden Büttelfreiheit und sonstigen gegen die wirtschaftliche Entwicklung gerichteten reaktionären Maßnahmen, nennt man freiheitlich, „Schuh der nationalen Arbeit“.

Die stete Steigerung der Militärlasten, die Ausgabe für den Land- und Kriegsministerium lädt die Reaktionäre auf die Steigerung der Steuerlast des Volkes einnen.

Arbeiter! Ihr sollt alle Lasten tragen; Ihr sollt Euch vom Kapital ausbeuten lassen; Ihr sollt Eure Kraft und einen guten Theil Eures Lohnes dem Staate, dem Reiche opfern; Ihr sollt Militärdienst tun und Steuern zahlen — und politisch entrichtet werden.

Das ist das Evangelium der Reaktion. Arbeiter! Wehrt Euch! Helfet, die Reaktion niederwerfen! Vertheidigt Eure Freiheit, Euer Recht, Euer Wohl!

Das tut Ihr dann, wenn Ihr am Tage der Reichstagswahl, am 16. Juni, einmütig zusammenstellt für die

Kandidaten der Sozialdemokratie!

Mit keiner anderen Partei darf Ihr gehen, wenn Ihr nicht zu Verzähnen werden wollt an der Arbeiterklasse, an der Sache des Volkes. Der Sieg der Sozialdemokratie ist Euer Sieg. Ein schlechter Mann, der es mit den Feinden der Volksache hält! Ein rechter Mann, der

sozialdemokratisch wählt!

gegeben haben. Unter diesen Leuten müsste mehr Agitation betrieben werden und Flugblätter in den betreffenden Sprechen zur Verbreitung gelangen. In den kleinen und mittleren Städten ist noch die 11—12stündige Arbeitstage üblich; auch über das Nachschüttigen der Unfallverhütungsvorschriften wurde bittere Klage geführt. Die Gesells sind nach den Berichten so mangelhaft, daß die Bauarbeiter bei jedem Schritt zu gewarnt werden, das Leben oder doch die Gesundheit einzubüßen. Diese Klagen wurden von allen Delegierten vorgebracht. Im Punkt 3 im Erzgebirge, werden Stundenlöhne von 22—26 Pf. gesetzt. Dasselbe haben die Maurer aus langer Vereinsmutterkeit keine Zeit, sich der Organisation der deutschen Maurer anzuschließen. In Chemnitz werden Stundenlöhne von 28—30 Pf. gesetzt. In einem Stalle gab sich die Postlehrkräfte für Gewerkschaften, den Obermeister der Innung anzuhören, für bessere Bauarbeiter und Sorge Sorge zu tragen.

Im vierten Punkt der Tagesordnung: „Bewohrende Lohnbeweisung“ hielt Kollege Böhm für das einleitende Referat. Nebner weit zahlenmäßig nach, wie die Bewegung der deutschen Maurer sich von Jahr zu Jahr gefestigt hat. Auch in diesem Jahre ist eine enorme Steigerung eingetreten. Nebner weiß weiter darauf hin, daß die Maurer bei ihren Kampfen größtmöglich auf sich selbst angewiesen sind. Die Organisation muß bestrebt sein, Einfluß auf das Unternehmensklima zu erlangen, wie die Organisation anerkennt. Auch darf auf keinen Fall eher in einen Streit eingetreten werden, bevor nicht ein Vorstandsmittel oder ein Beauftragter des Verbands an dem betreffenden Ort aufgetreten gewesen ist und sich genau über die Beschäftigung informiert hat. Das Innernherzthum glaubt mit schwarzen Mitteln etwas zu erreichen, und Nebner dafür hoffen, die Unternehmer könnten es nicht einmal ertragen, diese Herren haben sie sogar vorgebrachte Formulare beigelegt. Das Koalitionsrecht der Arbeiter ist die seitigen, ist der schriftliche Wunsch der Unternehmer das Baugeschäft, und waren es höchstwahrscheinlich die Baugeschäftsführung auf ihrem Delegitenten in Leipzig, welche den Anfang zu dem gegeben haben.

Die Diskussion führte Kollege Faccio an, viele Kollegen in kleinen Städten glaubten, von den Kollegen der Großstädte beehmuntet zu werden. Das sei nicht der Fall, diese Klagen seien ganz unberechtigt. Weiter kam Nebner darauf zu sprechen, daß es vorgeschlagen sei, daß die Lohnkommittätsmitglieder höhere Strafentlastung annehmen, als wir sie für die übrigen Streitfechten festgelegt. Nach dem Vorstand müsse auch hierfür Beschränkungen treffen. Auch kommt es vor, daß man sich von Seiten der leitenden Personen über die Bestimmungen des Streitfechtelements hinstelle. Alle diese Unzertüchtigkeiten läufen in Böhl, wenn nichts unternommen würde, bevor nicht ein Beauftragter des Verbands am Orte gewesen sei. Es dürfe sich die Aktion der Organisation auch niemals zu irgend welche Aktion föhren lassen. Auch dürfe nicht auf die Unterzeichnung der Unternehmer bei Verhandlungen gehorchen werden, denn das Unternehmensklima breche die schriftliche Anerkennung der Forderung so leicht, wie die mündliche, wenn nicht die Kollegen in einer starken Organisation einmischig der Unternehmer entgegen treten. Dann würde noch bestimmt gegeben, daß die Kollegen in Böhl und Mühlberg ihre Aktion nicht länger hinzuholen könnten, sie würden durch das Verhalten der Unternehmer gezwungen, am Sonnabend, den 1. Mai, den Streit zu proklamieren. Die Diskussion über diesen Punkt stand durch die einstimmige Abstimmung nachfolgender Resolution ihren Abschluß:

„Die heute, am 22. Mai 1898, im Waldschlößchen“ zu Altenburg tagende Konferenz der Maurer Sachsen, des Herzogtums Sachsen-Altenburg und des preußischen Regierungsbezirks Merseburg beschließt: Auch in diesem Jahre ist die Forderung nach Verkürzung der Arbeitstage bei jeder Lohnbeweisung in den Vorbergen zu stellen.“

Kollege Böhm forderte dann die Delegierten auf, immer fest und unentwegt für die Ausbreitung der Organisation zu sein. Auch verweist der Nebner auf die politischen Rechte und Pflichten der Arbeiter: Wer nicht will, daß die wenigen Rechte der Arbeiter noch mehr eingeschränkt werden, der sorge in seiner Heimat dafür, daß jeder Arbeiter seine Pflicht tut und am 16. Juni seine Stimme nur dem Kandidaten der Arbeiterpartei gibt.

Nebden noch beschlossen worden, die Agitationsbezirke in der jetzigen Eintheilung zu erhalten, sowie die nächste Konferenz wiederum in Altenburg abzuhalten und die Teilzüge mit den Vorarbeiten hierzu zu beauftragen, schloß der Vorsitzende Kollege Faccio: Delitzsch die Konferenz.

* * *

Die Zentrale Dresden hielt am Dienstag, den 24. Mai, in Hallmann's Brauerei die monatliche Mitgliederversammlung ab. Im ersten Punkte legte der erste Deputiertebericht die Entwicklung unserer Organisation und den Nutzen derselben dar, auch erwähnte er die Kollegen, die mehr der Beschäftigten Deutschlands angehören, denn wenn sich die Kollegen die Opferwilligkeit der anderen Städte und gegenwärtig ansehen, so möglicherweise ein Fehler liegen, daß es hier nicht so weiter gehen kann. Doch einer sehr engen Diskussion erklärte sich die Versammlung mit den Ausführungen des Nebners einverstanden. Sobald bestätigte Kollege Kraus über die Thätigkeit des Gelehrtenausschusses. Derzeit empfiehlt: 1. Abschaffung des Freitags-Wochenabslusses, 2. Abschaffung des Beutelsystems, 3. Errichtung eines Arbeitsbeschaffungs. Die Ausarbeitung eines Regulativs wurde einer Kommission, bestehend aus den Kollegen Kraus, Schüller und H. am an, übertragen. Im Vorbereiteten wünschte Kollege Kraus zu rege Bevollmächtigung am Streitfeld. Ebenfalls wurde der laue Bezug der Bevollmächtigten ergriffen. Nachdem noch Wohlände auf Bauten zur Sprache gebracht worden waren, schloß mit einem dreifachen Hoh! auf den Centralverband der Maurer Deutschlands die sehr gut belebte Versammlung.

Die Zentrale Burgdorf hielt am Sonnabend, den 21. Mai, ihre erste Mitgliederversammlung ab. Die Versammlung beschäftigte sich zunächst mit der Wahl der Verwaltung. Es wurden gewählt: als Deputierte der Kollege Böhm und als Kassierer Kollege Brünke. Hierauf stellten sich drei Kollegen auf's Neue in den Verband aufzunehmen und zwei meldeten sich an, so daß unsere Mitgliederverzahl nun auf 22 angewachsen ist. Der Deputierte machte bekannt, daß alle vierzehn Tage, Abends 8 Uhr, im „Schülengang“ unserer Mitgliederversammlungen stattfinden, und legte der selben den Kollegens an's Herz, sich recht rege an diesen Versammlungen zu beteiligen.

In der am 22. Mai in Charlottenburg stattgehabten regelmäßigen Mitgliederversammlung referierte Kollege Stahl-

verbriefter Bahr über „Kommunale und private Arbeitsnachfrage“. Folgende Resolution gelangte zur Annahme: Die Versammlung erklärt sich mit der Errichtung eines sozialen Arbeitsbeschaffungs in den geplanten Weise nicht einverstanden, wünscht aber, daß dieselbe dem Gewerbericht unterstellt wird. Zu dem am 19. Juni stattfindenden Stiftungsfeste ohne Abendessen wurde ein Comité von acht Berliner gewählt. Einem Kollegen, welcher vom Bochumer Kraft ist, wurde 100 Pf. bewilligt. Hierauf wurde beschlossen, den Kollegen, welche über vier Wochen arbeitslos waren, die Organisationsbeiträge zu erlassen und die betreffenden Postenbrüder einzufordern. Hierauf forderte die Kollegen auf, die Karren abzunehmen zu lassen.

In Cölln (Schwarzwälder-Schreiber) fand am 29. Mai eine Maurerversammlung statt, in der beschlossen wurde, eine Bauschule des Centralverbandes zu gründen. 20 Kollegen traten der Organisationstafel bei, auch wurde die Verwaltung bestellt.

Am Sonntag, den 15. Mai, tagte in Düsseldorf eine öffentliche Maurerversammlung, in der beschlossen wurde, daß die Kollege H. v. Born aus Frankfurt a. M. referierte über: „Die heutige Lage der Maurer und wie sie zu verbessern ist“. Den Ausführungen des Referenten hörten sich die anwesenden Kollegen vollständig an. In „Beschleidet“ wurde bestimmt, daß noch verschiedene Kollegen mag in Verbände treten; diese müßten unbedingt dem Verbande zugeführt werden. Auf Antrag einiger Kollegen wurde beschlossen, den Wettbewerbskammern zu bestimmen, der zu gleicher Zeit auch den „Grundstein“ austrägt. Vor Schluss der Versammlung trat noch zuletzt Kollegen den Verbande bei.

Am Sonntag, den 15. Mai, fand in Freiburg i. Br. im Lokale „Zum Gasten“ eine gut belebte öffentliche Versammlung statt.

Als Referent sollte Kollege W. L. Hanauer erscheinen, dieser bat aber wegen plötzlicher Erkrankung seine Toore unterbrochen. Dafür hielt Kollege Jäger den Vortrag über: „Das Koalitionsrecht der Arbeiter und der Befreiungsschule“ und „Der bauernschaftliche Arbeitserziehung“. Nach dem Vortrage waren die Anwesenden zu der Überzeugung geangt, daß es doch nicht weiter so fort gehen könnte in Freiburg wie bisher. Eine größere Anzahl von Kollegen erklärte sich bereit, ihren Verpflichtungen nachzukommen. 20 Männer schlossen sich dem auch sofort in den Verband aufzunehmen. In der Diskussion wurde dann noch darauf hingewiesen, daß die Organisation durch das Verhalten des Kollegen Schüller viel gelitten habe. Schüller soll moralisch sehr heruntergekommen sein, er soll auch aus dem Verbande ausgeschlossen werden, da die Versammlung annahm, daß nur dadurch die Organisation am Ende gehoben werden könnte.

Am 22. Mai tagte in Gissum eine öffentliche Bauarbeiterversammlung, in welcher Kollege Probst in hohem Ansehen einen Vortrag hielt über: Die wirtschaftliche Lage der Arbeiter und Zweck mit Nutzen der Gewerkschaftsorganisation. Das Referat hatte einen sehr guten Erfolg, denn es meldeten sich sofort 48 Kollegen zum Eintritt in den Verband. Zwecks Gründung einer Bauschule wurde eine provisorische Verwaltung gewählt, um das nötige Material holen zu lassen. In seinem Schlusswort ermahnte Referent die Anwesenden, recht handhaft zu bleiben, damit die junge Organisation nicht noch zuerst Zeit wieder einfalte; ferner mögten auch alle kräftig agitieren und pflegen sein, damit der 16. Juni, der Tag der Reichstagswahl, ein Siegestag für die deutsche Sozialdemokratie werde.

Die Zentrale Kiel hielt am 25. Mai eine Mitgliederversammlung ab. Es wurde beschlossen, das diesjährige Gütekunstfest am 17. Juli in Holstein im Lokale des Herrn Greve zu feiern. Auf unsern Anfrage beim Haupthofstande, ob auf dem Bau des Preußen Meisters in Gießen unter den dortigen Rüstungsfabriken gearbeitet werden dürfe, ist uns eine beharrliche Antwort zu Teile geworden. Der Haupthofstand ist nämlich der Klüft, daß es zu weit gehen würde, über einen Bau die Sperrre zu verhängen, weil der betreffende Unternehmer in einem anderen Ort mit seinen Arbeitern im Kampfe liege. In „Beschleidet“ wurde bekannt gegeben, daß am 8. Juni im „Englischen Garten“ eine öffentliche Bauarbeiterversammlung mit folgender Tagesordnung abgehalten wird: 1. Vortrag des Reichstagsabgeordneten Legien über das Thema: „Der künftige Reichstag und das Koalitionsrecht der Arbeiter.“ 2. Stellungnahme zur Arbeitsschule am Wallstraße.

Am 15. Mai hielt die Zentrale Lügendorf eine außerordentliche Mitgliederversammlung ab; dieselbe war gut besucht. Kollege Probst hielt am 8. Juli im „Englischen Garten“ eine öffentliche Tagung und Antritt unserer gewerkschaftlichen Organisation. Nebner erntete für seine antiherrschaftliche Rede stürmischen Beifall. Zum Schlusse forderte Nebner die Anwesenden auf, darin zu wirken, daß jeder deutsche Arbeiter sich seiner Gewerkschaftsorganisation anschaffe und auch bei den vorbereitenden Reichstagsabgeordneten einer sozialdemokratischen Wählern. Beide festen wurden Straßendemokratie angesehen; es soll jeden Kollegen ermutigen, nach seinem Willen zum Straßendemokraten zu werden. Die Zentrale Pantow hielt ihre regelmäßige Mitgliederversammlung am 22. Mai ab. Als Referent war Kollege Brünker anwesend. Nebner sprach über Organisationsfragen und das Verhalten der Sozialorganisatoren betrifft der Bautenbewegung, unter hauptsächlicher Betonung, daß wie die Fahne hier am Ort untenwestlich hoch hängen müßten. Sammlende Redner sprachen in demselben Sinne. Darauf wurde die Verordnung des „Grundstein“ geregelt und Pantow und Nebner-Schönhausen in Beizie eingeholt, um besser mit den Kollegen zusammen zu kommen und die Säumigen aufzurufen zu können. Nachdem noch Kollege Marien als zweiter Kassier gewählt worden, wurde die seit Jahren bestehende Versammlung geschlossen.

* * *

Die Zentrale Bremen hielt am Dienstag, den 24. Mai, in Hallmann's Brauerei die monatliche Mitgliederversammlung ab. Im ersten Punkte legte der erste Deputiertebericht die Entwicklung unserer Organisation und den Nutzen derselben dar,

auch erwähnte er die Kollegen, die mehr der Beschäftigten Deutschlands angehören, denn wenn sich die Kollegen die Opferwilligkeit der anderen Städte und gegenwärtig ansehen, so möglicherweise ein Fehler liegen, daß es hier nicht so weiter gehen kann. Doch einer sehr engen Diskussion erklärte sich die Versammlung mit den Ausführungen des Nebners einverstanden. Sobald bestätigte Kollege Kraus über die Thätigkeit des Gelehrtenausschusses. Derzeit empfiehlt: 1. Abschaffung des Freitags-Wochenabslusses, 2. Abschaffung des Beutelsystems, 3. Errichtung eines Arbeitsbeschaffungs. Die Ausarbeitung eines Regulativs wurde einer Kommission, bestehend aus den Kollegen Kraus, Schüller und H. am an, übertragen. Im Vorbereiteten wünschte Kollege Kraus zu rege Bevollmächtigung am Streitfeld. Ebenfalls wurde der laue Bezug der Bevollmächtigten ergriffen. Nachdem noch Wohlände auf Bauten zur Sprache gebracht worden waren, schloß mit einem dreifachen Hoh! auf den Centralverband der Maurer Deutschlands die sehr gut belebte Versammlung.

Die Zentrale Burgdorf hielt am Sonnabend, den 21. Mai, ihre erste Mitgliederversammlung ab. Die Versammlung beschäftigte sich zunächst mit der Wahl der Verwaltung. Es wurden gewählt: als Deputierte der Kollege Böhm und als Kassierer Kollege Brünke. Hierauf stellten sich drei Kollegen auf's Neue in den Verband aufzunehmen und zwei meldeten sich an, so daß unsere Mitgliederverzahl nun auf 22 angewachsen ist. Der Deputierte machte bekannt, daß alle vierzehn Tage, Abends 8 Uhr, im „Schülengang“ unserer Mitgliederversammlungen stattfinden, und legte der selben den Kollegens an's Herz, sich recht rege an diesen Versammlungen zu beteiligen.

In der am 22. Mai in Charlottenburg stattgehabten regelmäßigen Mitgliederversammlung referierte Kollege Stahl-

verbriefter Bahr über „Kommunale und private Arbeitsnachfrage“. Folgende Resolution gelangte zur Annahme: Die Versammlung erklärt sich mit der Errichtung eines sozialen Arbeitsbeschaffungs in den geplanten Weise nicht einverstanden, wünscht aber, daß dieselbe dem Gewerbericht unterstellt wird. Zu dem am 19. Juni stattfindenden Stiftungsfeste ohne Abendessen wurde ein Comité von acht Berliner gewählt. Einem Kollegen, welcher vom Bochumer Kraft ist, wurde 100 Pf. bewilligt. Hierauf wurde beschlossen, den Kollegen, welche über vier Wochen arbeitslos waren, die Organisationsbeiträge zu erlassen und die betreffenden Postenbrüder einzufordern. Hierauf forderte die Kollegen auf, die Karren abzunehmen zu lassen.

In Cölln (Schwarzwälder-Schreiber) fand am 29. Mai eine Maurerversammlung statt, in der beschlossen wurde, eine Bauschule des Centralverbandes zu gründen. 20 Kollegen traten der Organisationstafel bei, auch wurde die Verwaltung bestellt.

Am Sonntag, den 15. Mai, tagte in Düsseldorf eine öffentliche Maurerversammlung, unter Beteiligung des Sammelkassenrates, wobei ebenfalls auf 50 Pf. für Arbeiter und 30 Pf. für Beamte aufgeworfen wurde, die Dauer von 20 Wochen festgesetzt. Arbeitsmarktfest der Gewerbericht hat, daß der 24. April stattfindende Extra-Mitgliederversammlung in der Cöllnischen Schule stattgefunden werden, die Anzahl der Anwesenden ist, ihrer Ansicht an unteren Verband bis zum 1. August zu verschreiben. Der Antrag unserer Kommunikationsmitglieder auf sofortigen Anschluß, sei gegen 21 Stimmen abgelehnt worden. Seitens der Versammlungen erfolgten diesbezüglich keine Ausführungen, sondern soll das diesbezügliche weitere abgewartet werden. Hierauf beschloß die Versammlung nach längerer Debatte, die Höhe des einzuhaltenden Sozial-Arbeitsbeitrages, unter Berücksichtigung des Sammelkassenrates, wobei ebenfalls auf 50 Pf. für Arbeiter und 30 Pf. für Beamte aufgeworfen wurde, die Dauer von 20 Wochen festgesetzt. Arbeitsmarktfest der Gewerbericht hat, daß der 24. April stattfindende Extra-Mitgliederversammlung in der Cöllnischen Schule stattgefunden werden, die Anzahl der Anwesenden ist, ihrer Ansicht an unteren Verband bis zum 1. August zu verschreiben. Der Antrag unserer Kommunikationsmitglieder auf sofortigen Anschluß, sei gegen 21 Stimmen abgelehnt worden. Seitens der Versammlungen erfolgten diesbezüglich keine Ausführungen, sondern soll das diesbezügliche weitere abgewartet werden.

Am Sonntag, den 15. Mai, tagte in Gissum eine öffentliche Bauarbeiterversammlung, unter Beteiligung des Sammelkassenrates, wobei ebenfalls auf 50 Pf. für Arbeiter und 30 Pf. für Beamte aufgeworfen wurde, die Dauer von 20 Wochen festgesetzt.

Am 22. Mai tagte in Gissum eine öffentliche Bauarbeiterversammlung, unter Beteiligung des Sammelkassenrates, wobei ebenfalls auf 50 Pf. für Arbeiter und 30 Pf. für Beamte aufgeworfen wurde, die Dauer von 20 Wochen festgesetzt.

Am 22. Mai tagte in Gissum eine öffentliche Bauarbeiterversammlung, unter Beteiligung des Sammelkassenrates, wobei ebenfalls auf 50 Pf. für Arbeiter und 30 Pf. für Beamte aufgeworfen wurde, die Dauer von 20 Wochen festgesetzt.

Beschiedenes.

* Ueber die Vorfälle der Schulegebäude im Pavillon. System durchführbar für die Anwendung des deutschen Rechts für öffentliche Gewerkschaftspflege. Professor Nübaum-Hannover einen Vortrag. Ansatz zu dem Gegenstande hat die Errichtung einer Schule nach diesem System in Ludwigshafen a. Rh. gezeigt. Seine Vorlage dem Stadtrat und Notariat überreicht, welche gegenüber bestehen in der davorliegenden Zeitung von Ludwigshafen, an einer Stelle können, wie in Ludwigshafen, an einer Stelle gebaut werden, und jede steht dann auf drei Stellen. Durch Besteigung der Stufenstufen der einzelnen Gebäude ist ein großer Raum in den unteren Teilen des Dachgeschosses zu erhalten und kann den unteren Teil der Dachstühle als Obergeschoss ausmachen. Dachstühle sind nicht erforderlich, und die Maister lassen sich leicht unter einer Giebel schnell leeren. Wenn ein Ausbruch einer Seuche droht nicht die ganze Schule, sondern immer nur die betreffende Klasse geschlossen zu werden. Störung des Unterrichts in der einen Klasse durch Unruhe in der anderen ist gut wie ausgeschlossen; die verschiedenen Schülerzahl entsprechend die verschiedenen Klassen begrenzt verhindert groß angelegt werden; auch können die Gebäude dem Wachthaus entsprechend umgebaut werden. Klassen für Knaben und Mädchen lassen sich auf demselben Grundstück vollständig errichten. Die Spiel- und Turnplätze der verschiedenen Klassen können von einander getrennt werden. Die Nutzung der an drei Seiten freistehenden, unmittelbar über dem Erdgeschoss befindlichen Räume hat in Ludwigshafen in den gewohnten Bauten keine Schwierigkeiten gemacht; Voraussetzung für die Anlage ist natürlich das Vorhandensein eines sehr geräumigen Grundstücks. Oberbürgermeister Schneider-Magdeburg hält die Anlage für größere Städte der hohen Grundstücksosten wegen für unmöglich. Wer auch saßlich hoffen kann große Mängel am Bautypus, Heizung und Entlüftung lassen sich bei der bisher üblichen Ausbildung besser und zweckmäßiger einrichten; die geräumigen Räume der Schulhäuser bieten den Kindern bei schlechtem Wetter Aufenthaltsraum während der Unterrichtspausen; der einheitliche Schulhof ist ein heller Lumenplatz, als die engeren Räume einer Klasse. Auch die Schülergruppen bieten auch die Nebenwohnung, Verwaltung und Bevollmächtigung bei der Pavillon-Anlage.

Um zu warnen, bestehender der neuen Ausbildung waren sich auch die Gewerkschaftsräte im bairischen Ministerium des Innern, Geh. Rath Dr. Balthasar-Karlsruhe und der Altbürgermeister Dr. Grünzweig-Ludwigshafen auf. Letzterer erklärte auf Grund der bisherigen Erfahrungen, daß die Pavillonsanlage nach allen angeführten Richtungen mindestens ebenso gut, wenn nicht besser, als die bisherige ist, der bekannte „Schulgrund“ vollständig. Zum Schlus hat der Baurat, wie die Gewerkschaftsräte, eine so beachtenswerte Neuerung nicht von vorherherreden deshalb zu verwerfen, weil das Schulgrundstück zu viel kostet, wichtiger ist die Platzbeschaffung auf dem Gelände.

Literarisches.

Die illustrierte Romanbibliothek „Zu freien Stunden“, auf welche mit jedem Heft abonnirt werden kann, bringt gegenwärtig einen Roman von Friedrich Spielhagen: „Was die Schwäbe sang“, in welchen der gefeierte Dichter das Problem behandelt von dem Bevölkerungsgeiste und begehrter Jugendliebe und von der Bereitung der durch Geist und Ehe getrennten Liebenden. Die Illustrationen zu diesem Roman

kennung der Vertrauensmänner der Organisation und Freigabe des ersten Mai. Der Aufstand umfaßt 2200 Mann. Sämtliche Bauarbeiter in Thadau (Böhmen) 200 Personen, sind am 18. Mai in den Streik getreten, da die Meister absolut nichts zugesagen wollten. Der Bürgermeister bemühte sich, die Angelegenheit in Güte zu regeln, allein die Meister wollten davon nichts wissen. Sie erklärten, nur das zu sagen, was sie wollten.

Die Prag macht sich eine lebhafte Bewegung unter den Bauarbeitern bemerkbar und ist ein Streik nicht ausgeschlossen. Die Zimmerer freisten seit dem 9. Mai, sie verlangen st. 1.80 Lohn pro Tag und 9 stündige Arbeitszeit.

Die Bozener Zimmerleute stehen seit dem 16. d. M. im Streik. Gefordert wird eine 20 prozentige Lohnerhöhung.

Streiks fanden in Österreich im Jahre 1898 nach den Publikationen des statlichen Departements

294 statt, von denen 1403 Unternehmungen mit 57 029 befreundeten Arbeitern betroffen erschienen.

Davon streitten 36 114 und 2379 anderen gezwungen seien. Von den Streitenden nahmen 32 567 die Arbeit wieder auf, 214 wurden entlassen und 1925 verließen freiwillig den Betrieb. Statt der entlassenen Arbeitern wurden 1898 neu angestellt. Von den Streiks entstehen in Niederösterreich 118, davon auf Wien 87 auf Böhmen 29, Galizien 19. Unter den von Streiks betroffenen Unternehmungen waren 209 fabrikähnliche und wurde die Industrie in Holz- und Schuhindustrie und Haushalt 55 Mal, jene der Textilindustrie 43 Mal, das Bauwesen 42 Mal, die Metallverarbeitung 33 Mal und die Industrie in Steinen, Eisen, Eisen, Eisen, Glas 29 Mal von Ausländern betrieben.

Die durchschnittliche Dauer eines Streiks dauerte 10 bis 18 Tage. 64 Streiks endeten mit

vollalem Erfolg der Arbeiter, 128 ohne

Erfolg und 107 mit teilweisen Erfolgen. 206 waren ungewiss und 49 Abwehrstreiks. Der Rest ist unbestimbar. Der Industrie gingen durch die Streiks etwa 600 000 Arbeitstage verloren, den Arbeitern eine Bruttostützsumme von mehr als fl. 700 000. Außerdem fanden noch 10 Ausperrungen statt. In 21 Betrieben mit 6847 Arbeitern statt. Die Streitstatistik weist gegen das Jahr 1895 eine Steigerung auf, denn der Anteil der Arbeitseinstellungen betrug im Vorjahr 205, die der Ausperrungen 8.

Streikprozesse.

* Streikpostenstechen ist großer Unfug und auch nicht, so entschied vor einigen Tagen das Hanseatische Oberlandesgericht. Das Schöffengericht in Lübeck hatte seinerzeit die Richter H. und M. und die Bauarbeiter H. und D. wegen Verübung großer Unfug in 3 Tagen Haft verurteilt, weil sie im Laufe des Jahres 1897 Streikposten gefunden haben sollten. Es wurde in dem Urteil angeführt, daß durch das Streikpostenstechen haftpflichtig eine Gefährdung des öffentlichen Ordnung bestanden sei, indem die Streikposten schematisch einen größeren Kreis von Personen belästigt hätten. Die Streikposten stießen auf sich organisiert durch besondere Linie kontrolliert und hatten auf ungehörige Weise auf die Arbeitseinsätze eingewirkt verhängt. Darin liege eine Belästigung eines geübten Personentreffes, an der dieser in beschädigte Weise eingesetzt hätte nicht direkt. Das Weiteren war festgestellt, daß die betreffenden vier Angeklagten auf der Straße an Steilen, wo das Streikpostenstechen gewollt hatte, nämlich vor gesperrten Geschäften, Neubauten usw. und vor den Innungshäusern der "Bauteile", längere Zeit hin und her gegangen waren und damit nach Ansicht des Gerichts Gewalttaten gehabt hatten. Besonders Handlungen waren ihnen in keiner Weise nachgewiesen. Aber als Mithäler an den Streikpostenunternehmungen seien sie, so führt das Urteil aus, zu bestrafen gerecht. Das Urteil wurde vom Landgericht bestätigt, auf Antrag des Staatsanwalts wurde die Strafe sogar noch erhöht, gegen M. auf 5 und gegen A. auf 10 Tage Haft. Gegen das landgerichtliche Urteil legten die Verurteilten jedoch Revision ein, die vom Reichsgericht Dr. B. in Berlin am 2. April 1898 abgelehnt wurde.

Der § 360¹ (Paragraf, betreffend Verübung großer Unfugs) sei von vornherein doch gewißlich nicht bestimmt gewesen, derartige Delikte zu treffen. Der Paragraf habe eine viel zu weitgehende Auslegung erlaubt, wie das gerade in letzter Zeit in der Presse und von herborragenden Kapitalisten auch in der Fachpresse rücksichtslos anerkannt sei, so besonders von dem Oberlandesgerichtspräsidenten Dr. Mittelstein am Hanseatischen Oberlandesgericht. Weder in den hervorragenden Kommentaren noch besonders in den Mithäler zum Gesetz und in Kommentierung über den § 360¹ seien Anhaltspunkte dafür zu finden, daß der Paragraf auf derartige, wie die in Frage stehenden Handlungen hätte angewandt werden sollen. Wenn schon das einfache Aufüber-Streikpostenstechen bestraft werden sollte, so werde eine Rechtsunsicherheit leider Gleichen geschaffen. Das Angeklagte sei nach dem Urteil der Börsenrichter nichts weiter nachzuweisen, als daß sie auf der Straße gestanden hätten. Das könne man aber nicht bestreiten, selbst wenn sie die allergrößten Schäden gehabt haben sollten. Die Angeklagten seien deshalb freizusprechen. Der Vertreter des Oberstaatsanwalts, Staatsanwalt Heinrich, forderte Verwerfung der Revision. Das Streikpostenstechen sei an sich großer Unfug. Gegen Hintergrund versteht jeder, der durch sein Verhalten bestört wird, gefährdet auf einen größeren oder gar unbegrenzten Personentreff einzutreten. Das sei bei dem Streikpostenunternehmen gelegentlich des Lübecker Streiks nach den Feststellungen der Börsenrichter ganz zweifelsfrei geschehen. Es komme nun nicht darauf an, ob im konkreten Falle, d. h. ob die Angeklagten selber für sich eine Handlung begangen haben, die bestört werden oder gefährdet auf das Publikum wirken. Wenn man bewußter Weise sich zusammen thue, um in derartiger Weise, wie das vom Börsenrichter festgestellt sei, auf die arbeitsunwilligen (Arbeiter einzuwirken), so sei Febermann als Mithäler zu bestrafen, da er als Glied in der großen Reihe der Streikpostenstecher mitwirkt, einerlei, ob er für seine Person selbst Ungehörigekeiten begangen habe oder nicht. Nach sehr langer Beratung des Großsenats verließ der Senatspräsident das Urteil. Die Revision der beiden Richter H. und A. wird verworfen und bestätigt der beiden Bauarbeiter H. und D. wird das Urteil aufgehoben und diese beiden Angeklagten werden unter Belastung des Börsenrichters Staatskasse mit den Kosten des Verfahrens frei-

gesprochen. Das bloße Streikpostenstechen, so heißt es in den Gründen, sei kein großer Unfug. Es kommt auf die einzelnen Feststellungen in den einzelnen Fällen an, besonders darauf, ob das Streikpostenstechen mehr oder minder kraft organisiert sei und sich an eine mehr oder minder große Personenzahl richte. Eine besondere Handlung brauche den einzelnen Personen nicht nachgewiesen zu werden, wenn es könne (durch das einfache Stehen eines Postens unter Umständen beunruhigend wirken). Solche Umstände hätten nach den Feststellungen der Börsenrichter beim Lübecker Richterkreis vorgelegen. Nicht aber beim Bauarbeiterstreich. Während es sich beim Richterkreis um ein kraft organisierte Streikpostenunternehmen gehandelt habe, das an und für sich bestürzend auf die arbeitenden Arbeitnehmer und vielleicht auch auf das übrige Publikum wirken könne, habe es sich nach den Feststellungen der Börsenrichter bei den Bauarbeitern nur um das Stehen einzelner Personen als Streikposten gehandelt, das nicht nachweislich kraft und beratig organisiert gewesen ist, daß es an und für sich beunruhigend auf das Publikum hätte wirken können.

Das überlandgerichtliche Urteil enthält in sich bezüglich der prinzipiellen Entscheidung der „großen Unfugfrage“ einen Übersprung. Einmal wird gelagert, daß das bloße Streikpostenstechen sehr großer Unfug sei, dann heißt es, daß den einzelnen Streikposten gar keine besondere Handlung nachzuweisen braucht und trotzdem das einfache Stehen einer Streikpostenstechen großer Unfug sei, weil der einzelne Posten unter Umständen beunruhigend wirken könnte.

Dies wird nicht schwer sein in jedem Einzelfall im ersten Instanzurteil. Seute führt fl. 2. der Inhaber des gesperrten Betriebes, morgen befreit Werkführer oder Betriebsgemeinschaft, um so leichter wird dieser Betrieb erbracht werden können, wenn das Gericht die Dekretur des Staatsanwalts für sich einsetzen mag, daß es auf die Zahl der Personen, welche bestört werden oder gefährdet sind, genügt antommt.

Bei A. ist und für das Verhalten der Streitenden in Bezug auf das Ausstellen der Streikposten für jütere Fälle ist der Geschäftsführer des Oberlandesgerichts, daß das kraft organisierte Streikpostenunternehmen für die beiden Richter kraftschwierig war.

* In Breslau waren neun Maurer angeklagt, durch Streikpostenstechen großer Unfug verübt zu haben. Es Angeklagten wurden jedoch gleich vom Schöffengericht freigesprochen.

* Bei Lübeck um Nichts. Wegen angeblicher Misshandlung von Streikposten patzen sich die Maurer Ludwig und Hinze in Berlin vor dem Schöffengericht zu verantworten. An dem von einem Gymnasiats auf Wilmersdorfer Gebiet hatten im Herbst dorienges Jahres die Maurer ihrer Gegner hindurch schreien, um in die Stube zu gelangen. Der Baumeister Hannusch zog nun von seinen anderen Wohnungen weg, die zwar auch nicht unter 60 Arbeitsplätzen wachten, aber hier doch dazu bereit standen, in Altona zu arbeiten. Da die Verhandlung zwischen Maurer und Gelehrten erst für die Mittagszeit zu Stande gingen, gingen die Maurer in das Richterlokal, um Mittag zu essen. Bald darauf erschienen die Streitenden brennende Streichbündel vor die Streikposten gebracht, um sie zum Verlassen der unbekannten Häuserleitung zu bewegen. Als die Vertreter der Obigkeit auf den Blumen erschienen, war von diesen Vorhören aber nichts mehr aufzupischen, und auch eine weiterfassende Untersuchung, die eingeleitet wurde, förderte keinerlei Resultate zu Tage. Nur die beiden Maurer Ludwig und Hinze wirken unter Aufsicht der Polizei auf die Börsenrichter und die Börsenrichter auf die Maurer ein. Der Börsenrichter Ludwig wird wiederholt, um mit wahrheitsgetreuem Befolgsmauer aufzutreten zu können. Erneut sei es eine Notwendigkeit, daß von jedem Ort, wo eine Organisation besteht, auch Vertreter für den Börsenrichter geleistet werden, denn schon die Anteilnahme an den Börsenrichter Kosten würde eine straffe, kräftige Organisation förmlich anstreben. Die Kontrolle liege über die Börsenrichter an die Börsenrichteranstalten einzulegen werden. Kollege Böhmelsburg glaubt, erfahren zu müssen, daß die Börsenrichter nicht genügend betrieben wurde, obgleich viele gegeben haben, die Organisation vorwärts zu bringen. Es müsse noch intensiver gearbeitet werden, denn nur durch Bemühungen der Börsenrichter an die Börsenrichteranstalten einzulegen werden, Kollege Böhmelsburg glaubt, erfahren zu müssen, daß die Börsenrichter nicht genügend betrieben wurde, obgleich viele gegeben haben, die Organisation vorwärts zu bringen. Es müsse noch intensiver gearbeitet werden, denn nur durch Bemühungen der Börsenrichter an die Börsenrichteranstalten einzulegen werden, Kollege Böhmelsburg glaubt, erfahren zu müssen, daß die Börsenrichter nicht genügend betrieben wurde, obgleich viele gegeben haben, die Organisation vorwärts zu bringen. Es müsse noch intensiver gearbeitet werden, denn nur durch Bemühungen der Börsenrichter an die Börsenrichteranstalten einzulegen werden, Kollege Böhmelsburg glaubt, erfahren zu müssen, daß die Börsenrichter nicht genügend betrieben wurde, obgleich viele gegeben haben, die Organisation vorwärts zu bringen. Es müsse noch intensiver gearbeitet werden, denn nur durch Bemühungen der Börsenrichter an die Börsenrichteranstalten einzulegen werden, Kollege Böhmelsburg glaubt, erfahren zu müssen, daß die Börsenrichter nicht genügend betrieben wurde, obgleich viele gegeben haben, die Organisation vorwärts zu bringen. Es müsse noch intensiver gearbeitet werden, denn nur durch Bemühungen der Börsenrichter an die Börsenrichteranstalten einzulegen werden, Kollege Böhmelsburg glaubt, erfahren zu müssen, daß die Börsenrichter nicht genügend betrieben wurde, obgleich viele gegeben haben, die Organisation vorwärts zu bringen. Es müsse noch intensiver gearbeitet werden, denn nur durch Bemühungen der Börsenrichter an die Börsenrichteranstalten einzulegen werden, Kollege Böhmelsburg glaubt, erfahren zu müssen, daß die Börsenrichter nicht genügend betrieben wurde, obgleich viele gegeben haben, die Organisation vorwärts zu bringen. Es müsse noch intensiver gearbeitet werden, denn nur durch Bemühungen der Börsenrichter an die Börsenrichteranstalten einzulegen werden, Kollege Böhmelsburg glaubt, erfahren zu müssen, daß die Börsenrichter nicht genügend betrieben wurde, obgleich viele gegeben haben, die Organisation vorwärts zu bringen. Es müsse noch intensiver gearbeitet werden, denn nur durch Bemühungen der Börsenrichter an die Börsenrichteranstalten einzulegen werden, Kollege Böhmelsburg glaubt, erfahren zu müssen, daß die Börsenrichter nicht genügend betrieben wurde, obgleich viele gegeben haben, die Organisation vorwärts zu bringen. Es müsse noch intensiver gearbeitet werden, denn nur durch Bemühungen der Börsenrichter an die Börsenrichteranstalten einzulegen werden, Kollege Böhmelsburg glaubt, erfahren zu müssen, daß die Börsenrichter nicht genügend betrieben wurde, obgleich viele gegeben haben, die Organisation vorwärts zu bringen. Es müsse noch intensiver gearbeitet werden, denn nur durch Bemühungen der Börsenrichter an die Börsenrichteranstalten einzulegen werden, Kollege Böhmelsburg glaubt, erfahren zu müssen, daß die Börsenrichter nicht genügend betrieben wurde, obgleich viele gegeben haben, die Organisation vorwärts zu bringen. Es müsse noch intensiver gearbeitet werden, denn nur durch Bemühungen der Börsenrichter an die Börsenrichteranstalten einzulegen werden, Kollege Böhmelsburg glaubt, erfahren zu müssen, daß die Börsenrichter nicht genügend betrieben wurde, obgleich viele gegeben haben, die Organisation vorwärts zu bringen. Es müsse noch intensiver gearbeitet werden, denn nur durch Bemühungen der Börsenrichter an die Börsenrichteranstalten einzulegen werden, Kollege Böhmelsburg glaubt, erfahren zu müssen, daß die Börsenrichter nicht genügend betrieben wurde, obgleich viele gegeben haben, die Organisation vorwärts zu bringen. Es müsse noch intensiver gearbeitet werden, denn nur durch Bemühungen der Börsenrichter an die Börsenrichteranstalten einzulegen werden, Kollege Böhmelsburg glaubt, erfahren zu müssen, daß die Börsenrichter nicht genügend betrieben wurde, obgleich viele gegeben haben, die Organisation vorwärts zu bringen. Es müsse noch intensiver gearbeitet werden, denn nur durch Bemühungen der Börsenrichter an die Börsenrichteranstalten einzulegen werden, Kollege Böhmelsburg glaubt, erfahren zu müssen, daß die Börsenrichter nicht genügend betrieben wurde, obgleich viele gegeben haben, die Organisation vorwärts zu bringen. Es müsse noch intensiver gearbeitet werden, denn nur durch Bemühungen der Börsenrichter an die Börsenrichteranstalten einzulegen werden, Kollege Böhmelsburg glaubt, erfahren zu müssen, daß die Börsenrichter nicht genügend betrieben wurde, obgleich viele gegeben haben, die Organisation vorwärts zu bringen. Es müsse noch intensiver gearbeitet werden, denn nur durch Bemühungen der Börsenrichter an die Börsenrichteranstalten einzulegen werden, Kollege Böhmelsburg glaubt, erfahren zu müssen, daß die Börsenrichter nicht genügend betrieben wurde, obgleich viele gegeben haben, die Organisation vorwärts zu bringen. Es müsse noch intensiver gearbeitet werden, denn nur durch Bemühungen der Börsenrichter an die Börsenrichteranstalten einzulegen werden, Kollege Böhmelsburg glaubt, erfahren zu müssen, daß die Börsenrichter nicht genügend betrieben wurde, obgleich viele gegeben haben, die Organisation vorwärts zu bringen. Es müsse noch intensiver gearbeitet werden, denn nur durch Bemühungen der Börsenrichter an die Börsenrichteranstalten einzulegen werden, Kollege Böhmelsburg glaubt, erfahren zu müssen, daß die Börsenrichter nicht genügend betrieben wurde, obgleich viele gegeben haben, die Organisation vorwärts zu bringen. Es müsse noch intensiver gearbeitet werden, denn nur durch Bemühungen der Börsenrichter an die Börsenrichteranstalten einzulegen werden, Kollege Böhmelsburg glaubt, erfahren zu müssen, daß die Börsenrichter nicht genügend betrieben wurde, obgleich viele gegeben haben, die Organisation vorwärts zu bringen. Es müsse noch intensiver gearbeitet werden, denn nur durch Bemühungen der Börsenrichter an die Börsenrichteranstalten einzulegen werden, Kollege Böhmelsburg glaubt, erfahren zu müssen, daß die Börsenrichter nicht genügend betrieben wurde, obgleich viele gegeben haben, die Organisation vorwärts zu bringen. Es müsse noch intensiver gearbeitet werden, denn nur durch Bemühungen der Börsenrichter an die Börsenrichteranstalten einzulegen werden, Kollege Böhmelsburg glaubt, erfahren zu müssen, daß die Börsenrichter nicht genügend betrieben wurde, obgleich viele gegeben haben, die Organisation vorwärts zu bringen. Es müsse noch intensiver gearbeitet werden, denn nur durch Bemühungen der Börsenrichter an die Börsenrichteranstalten einzulegen werden, Kollege Böhmelsburg glaubt, erfahren zu müssen, daß die Börsenrichter nicht genügend betrieben wurde, obgleich viele gegeben haben, die Organisation vorwärts zu bringen. Es müsse noch intensiver gearbeitet werden, denn nur durch Bemühungen der Börsenrichter an die Börsenrichteranstalten einzulegen werden, Kollege Böhmelsburg glaubt, erfahren zu müssen, daß die Börsenrichter nicht genügend betrieben wurde, obgleich viele gegeben haben, die Organisation vorwärts zu bringen. Es müsse noch intensiver gearbeitet werden, denn nur durch Bemühungen der Börsenrichter an die Börsenrichteranstalten einzulegen werden, Kollege Böhmelsburg glaubt, erfahren zu müssen, daß die Börsenrichter nicht genügend betrieben wurde, obgleich viele gegeben haben, die Organisation vorwärts zu bringen. Es müsse noch intensiver gearbeitet werden, denn nur durch Bemühungen der Börsenrichter an die Börsenrichteranstalten einzulegen werden, Kollege Böhmelsburg glaubt, erfahren zu müssen, daß die Börsenrichter nicht genügend betrieben wurde, obgleich viele gegeben haben, die Organisation vorwärts zu bringen. Es müsse noch intensiver gearbeitet werden, denn nur durch Bemühungen der Börsenrichter an die Börsenrichteranstalten einzulegen werden, Kollege Böhmelsburg glaubt, erfahren zu müssen, daß die Börsenrichter nicht genügend betrieben wurde, obgleich viele gegeben haben, die Organisation vorwärts zu bringen. Es müsse noch intensiver gearbeitet werden, denn nur durch Bemühungen der Börsenrichter an die Börsenrichteranstalten einzulegen werden, Kollege Böhmelsburg glaubt, erfahren zu müssen, daß die Börsenrichter nicht genügend betrieben wurde, obgleich viele gegeben haben, die Organisation vorwärts zu bringen. Es müsse noch intensiver gearbeitet werden, denn nur durch Bemühungen der Börsenrichter an die Börsenrichteranstalten einzulegen werden, Kollege Böhmelsburg glaubt, erfahren zu müssen, daß die Börsenrichter nicht genügend betrieben wurde, obgleich viele gegeben haben, die Organisation vorwärts zu bringen. Es müsse noch intensiver gearbeitet werden, denn nur durch Bemühungen der Börsenrichter an die Börsenrichteranstalten einzulegen werden, Kollege Böhmelsburg glaubt, erfahren zu müssen, daß die Börsenrichter nicht genügend betrieben wurde, obgleich viele gegeben haben, die Organisation vorwärts zu bringen. Es müsse noch intensiver gearbeitet werden, denn nur durch Bemühungen der Börsenrichter an die Börsenrichteranstalten einzulegen werden, Kollege Böhmelsburg glaubt, erfahren zu müssen, daß die Börsenrichter nicht genügend betrieben wurde, obgleich viele gegeben haben, die Organisation vorwärts zu bringen. Es müsse noch intensiver gearbeitet werden, denn nur durch Bemühungen der Börsenrichter an die Börsenrichteranstalten einzulegen werden, Kollege Böhmelsburg glaubt, erfahren zu müssen, daß die Börsenrichter nicht genügend betrieben wurde, obgleich viele gegeben haben, die Organisation vorwärts zu bringen. Es müsse noch intensiver gearbeitet werden, denn nur durch Bemühungen der Börsenrichter an die Börsenrichteranstalten einzulegen werden, Kollege Böhmelsburg glaubt, erfahren zu müssen, daß die Börsenrichter nicht genügend betrieben wurde, obgleich viele gegeben haben, die Organisation vorwärts zu bringen. Es müsse noch intensiver gearbeitet werden, denn nur durch Bemühungen der Börsenrichter an die Börsenrichteranstalten einzulegen werden, Kollege Böhmelsburg glaubt, erfahren zu müssen, daß die Börsenrichter nicht genügend betrieben wurde, obgleich viele gegeben haben, die Organisation vorwärts zu bringen. Es müsse noch intensiver gearbeitet werden, denn nur durch Bemühungen der Börsenrichter an die Börsenrichteranstalten einzulegen werden, Kollege Böhmelsburg glaubt, erfahren zu müssen, daß die Börsenrichter nicht genügend betrieben wurde, obgleich viele gegeben haben, die Organisation vorwärts zu bringen. Es müsse noch intensiver gearbeitet werden, denn nur durch Bemühungen der Börsenrichter an die Börsenrichteranstalten einzulegen werden, Kollege Böhmelsburg glaubt, erfahren zu müssen, daß die Börsenrichter nicht genügend betrieben wurde, obgleich viele gegeben haben, die Organisation vorwärts zu bringen. Es müsse noch intensiver gearbeitet werden, denn nur durch Bemühungen der Börsenrichter an die Börsenrichteranstalten einzulegen werden, Kollege Böhmelsburg glaubt, erfahren zu müssen, daß die Börsenrichter nicht genügend betrieben wurde, obgleich viele gegeben haben, die Organisation vorwärts zu bringen. Es müsse noch intensiver gearbeitet werden, denn nur durch Bemühungen der Börsenrichter an die Börsenrichteranstalten einzulegen werden, Kollege Böhmelsburg glaubt, erfahren zu müssen, daß die Börsenrichter nicht genügend betrieben wurde, obgleich viele gegeben haben, die Organisation vorwärts zu bringen. Es müsse noch intensiver gearbeitet werden, denn nur durch Bemühungen der Börsenrichter an die Börsenrichteranstalten einzulegen werden, Kollege Böhmelsburg glaubt, erfahren zu müssen, daß die Börsenrichter nicht genügend betrieben wurde, obgleich viele gegeben haben, die Organisation vorwärts zu bringen. Es müsse noch intensiver gearbeitet werden, denn nur durch Bemühungen der Börsenrichter an die Börsenrichteranstalten einzulegen werden, Kollege Böhmelsburg glaubt, erfahren zu müssen, daß die Börsenrichter nicht genügend betrieben wurde, obgleich viele gegeben haben, die Organisation vorwärts zu bringen. Es müsse noch intensiver gearbeitet werden, denn nur durch Bemühungen der Börsenrichter an die Börsenrichteranstalten einzulegen werden, Kollege Böhmelsburg glaubt, erfahren zu müssen, daß die Börsenrichter nicht genügend betrieben wurde, obgleich viele gegeben haben, die Organisation vorwärts zu bringen. Es müsse noch intensiver gearbeitet werden, denn nur durch Bemühungen der Börsenrichter an die Börsenrichteranstalten einzulegen werden, Kollege Böhmelsburg glaubt, erfahren zu müssen, daß die Börsenrichter nicht genügend betrieben wurde, obgleich viele gegeben haben, die Organisation vorwärts zu bringen. Es müsse noch intensiver gearbeitet werden, denn nur durch Bemühungen der Börsenrichter an die Börsenrichteranstalten einzulegen werden, Kollege Böhmelsburg glaubt, erfahren zu müssen, daß die Börsenrichter nicht genügend betrieben wurde, obgleich viele gegeben haben, die Organisation vorwärts zu bringen. Es müsse noch intensiver gearbeitet werden, denn nur durch Bemühungen der Börsenrichter an die Börsenrichteranstalten einzulegen werden, Kollege Böhmelsburg glaubt, erfahren zu müssen, daß die Börsenrichter nicht genügend betrieben wurde, obgleich viele gegeben haben, die Organisation vorwärts zu bringen. Es müsse noch intensiver gearbeitet werden, denn nur durch Bemühungen der Börsenrichter an die Börsenrichteranstalten einzulegen werden, Kollege Böhmelsburg glaubt, erfahren zu müssen, daß die Börsenrichter nicht genügend betrieben wurde, obgleich viele gegeben haben, die Organisation vorwärts zu bringen. Es müsse noch intensiver gearbeitet werden, denn nur durch Bemühungen der Börsenrichter an die Börsenrichteranstalten einzulegen werden, Kollege Böhmelsburg glaubt, erfahren zu müssen, daß die Börsenrichter nicht genügend betrieben wurde, obgleich viele gegeben haben, die Organisation vorwärts zu bringen. Es müsse noch intensiver gearbeitet werden, denn nur durch Bemühungen der Börsenrichter an die Börsenrichteranstalten einzulegen werden, Kollege Böhmelsburg glaubt, erfahren zu müssen, daß die Börsenrichter nicht genügend betrieben wurde, obgleich viele gegeben haben, die Organisation vorwärts zu bringen. Es müsse noch intensiver gearbeitet werden, denn nur durch Bemühungen der Börsenrichter an die Börsenrichteranstalten einzulegen werden, Kollege Böhmelsburg glaubt, erfahren zu müssen, daß die Börsenrichter nicht genügend betrieben wurde, obgleich viele gegeben haben, die Organisation vorwärts zu bringen. Es müsse noch intensiver gearbeitet werden, denn nur durch Bemühungen der Börsenrichter an die Börsenrichteranstalten einzulegen werden, Kollege Böhmelsburg glaubt, erfahren zu müssen, daß die Börsenrichter nicht genügend betrieben wurde, obgleich viele gegeben haben, die Organisation vorwärts zu bringen. Es müsse noch intensiver gearbeitet werden, denn nur durch Bemühungen der Börsenrichter an die Börsenrichteranstalten einzulegen werden, Kollege Böhmelsburg glaubt, erfahren zu müssen, daß die Börsenrichter nicht genügend betrieben wurde, obgleich viele gegeben haben, die Organisation vorwärts zu bringen. Es müsse noch intensiver gearbeitet werden, denn nur durch Bemühungen der Börsenrichter an die Börsenrichteranstalten einzulegen werden, Kollege Böhmelsburg glaubt, erfahren zu müssen, daß die Börsenrichter nicht genügend betrieben wurde, obgleich viele gegeben haben, die Organisation vorwärts zu bringen. Es müsse noch intensiver gearbeitet werden, denn nur durch Bemühungen der Börsenrichter an die Börsenrichteranstalten einzulegen werden, Kollege Böhmelsburg glaubt, erfahren zu müssen, daß die Börsenrichter nicht genügend betrieben wurde, obgleich viele gegeben haben, die Organisation vorwärts zu bringen. Es müsse noch intensiver gearbeitet werden, denn nur durch Bemühungen der Börsenrichter an die Börsenrichteranstalten einzulegen werden, Kollege Böhmelsburg glaubt, erfahren zu müssen, daß die Börsenrichter nicht genügend betrieben wurde, obgleich viele gegeben haben, die Organisation vorwärts zu bringen. Es müsse noch intensiver gearbeitet werden, denn nur durch Bemühungen der Börsenrichter an die Börsenrichteranstalten einzulegen werden, Kollege Böhmelsburg glaubt, erfahren zu müssen, daß die Börsenrichter nicht genügend betrieben wurde, obgleich viele gegeben haben, die Organisation vorwärts zu bringen. Es müsse noch intensiver gearbeitet werden, denn nur durch Bemühungen der Börsenrichter an die Börsenrichteranstalten einzulegen werden, Kollege Böhmelsburg glaubt, erfahren zu müssen, daß die Börsenrichter nicht genügend betrieben wurde, obgleich viele gegeben haben, die Organisation vorwärts zu bringen. Es müsse noch intensiver gearbeitet werden, denn nur durch Bemühungen der Börsenrichter an die Börsenrichteranstalten einzulegen werden, Kollege Böhmelsburg glaubt, erfahren zu müssen, daß die Börsenrichter nicht genügend betrieben wurde, obgleich viele gegeben haben, die Organisation vorwärts zu bringen. Es müsse noch intensiver gearbeitet werden, denn nur durch Bemühungen der Börsenrichter an die Börsenrichteranstalten einzulegen werden, Kollege Böhmelsburg glaubt, erfahren zu müssen, daß die Börsenrichter nicht genügend betrieben wurde, obgleich viele gegeben haben, die Organisation vorwärts zu bringen. Es müsse noch intensiver gearbeitet werden, denn nur durch Bemühungen der Börsenrichter an die Börsenrichteranstalten einzulegen werden, Kollege Böhmelsburg glaubt, erfahren zu müssen, daß die Börsenrichter nicht genügend betrieben wurde, obgleich viele gegeben haben, die Organisation vorwärts zu bringen. Es müsse noch intensiver gearbeitet werden, denn nur durch Bemühungen der Börsenrichter an die Börsenrichteranstalten einzulegen werden, Kollege Böhmelsburg glaubt, erfahren zu müssen, daß die Börsenrichter nicht genügend betrieben wurde, obgleich viele gegeben haben, die Organisation vorwärts zu bringen. Es müsse noch intensiver gearbeitet werden, denn nur durch Bemühungen der Börsenrichter an die Börsenrichteranstalten einzulegen werden, Kollege Böhmelsburg glaubt, erfahren zu müssen, daß die Börsenrichter nicht genügend betrieben wurde, obgleich viele gegeben haben, die Organisation vorwärts zu bringen. Es müsse noch intensiver gearbeitet werden, denn nur durch Bemühungen der Börsenrichter an die Börsenrichteranstalten einzulegen werden, Kollege Böhmelsburg glaubt, erfahren zu müssen, daß die Börsenrichter nicht genügend betrieben wurde, obgleich viele gegeben haben, die Organisation vorwärts zu bringen. Es müsse noch intensiver gearbeitet werden, denn nur durch Bemühungen der Börsenrichter an die Börsenrichteranstalten einzulegen werden, Kollege Böhmelsburg glaubt, erfahren zu müssen, daß die Börsenrichter nicht genügend betrieben wurde, obgleich viele gegeben haben, die Organisation vorwärts zu bringen. Es müsse noch intensiver gearbeitet werden, denn nur durch Bemühungen der Börsenrichter an die Börsenrichteranstalten einzulegen werden, Kollege Böhmelsburg glaubt, erfahren zu müssen, daß die Börsenrichter nicht genügend betrieben wurde, obgleich viele gegeben haben, die Organisation vorwärts zu bringen. Es müsse noch intensiver gearbeitet werden, denn nur durch Bemühungen der Börsenrichter an die Börsenrichteranstalten einzulegen werden, Kollege Böhmelsburg glaubt, erfahren zu müssen, daß die Börsenrichter nicht genügend betrieben wurde, obgleich viele gegeben haben, die Organisation vorwärts zu bringen. Es müsse noch intensiver gearbeitet werden, denn nur durch Bemühungen der Börsenrichter an die Börsenrichteranstalten einzulegen werden, Kollege Böhmelsburg glaubt, erfahren zu müssen, daß die Börsenrichter nicht genügend betrieben wurde, obgleich viele gegeben haben, die Organisation vorwärts zu bringen. Es müsse noch intensiver gearbeitet werden, denn nur durch Bemühungen der Börsenrichter an die Börsenrichteranstalten einzulegen werden, Kollege Böhmelsburg glaubt, erfahren zu müssen, daß die Börsenrichter nicht genügend betrieben wurde, obgleich viele gegeben haben, die Organisation vorwärts zu bringen. Es müsse noch intensiver gearbeitet werden, denn nur durch Bemühungen der Börsenrichter an die Börsenrichteranstalten einzulegen werden, Kollege Böhmelsburg glaubt, erfahren zu müssen, daß die Börsenrichter nicht genügend betrieben wurde, obgleich viele gegeben haben, die Organisation vorwärts zu bringen. Es müsse noch intensiver gearbeitet werden, denn nur durch Bemühungen der Börsenrichter an die Börsenrichteranstalten einzulegen werden, Kollege Böhmelsburg glaubt, erfahren zu müssen, daß die Börsenrichter nicht genügend betrieben wurde, obgleich viele gegeben haben, die Organisation vorwärts zu bringen. Es müsse noch intensiver gearbeitet werden, denn nur durch Bemühungen der Börsenrichter an die Börsenrichteranstalten einzulegen werden, Kollege Böhmelsburg glaubt, erfahren zu müssen, daß die Börsenrichter nicht genügend betrieben wurde, obgleich viele gegeben haben, die Organisation vorwärts zu bringen. Es müsse noch intensiver gearbeitet werden, denn nur durch Bemühungen der Börsenrichter an die Börsenrichteranstalten einzulegen werden, Kollege Böhmelsburg glaubt, erfahren zu müssen, daß die Börsenrichter nicht genügend betrieben wurde, obgleich viele gegeben haben, die Organisation vorwärts zu bringen. Es müsse noch intensiver gearbeitet werden, denn nur durch Bemühungen der Börsenrichter an die Börsenrichteranstalten einzulegen werden, Kollege Böhmelsburg glaubt, erfahren zu müssen, daß die Börsenrichter nicht genügend betrieben wurde, obgleich viele gegeben haben, die Organisation vorwärts zu bringen. Es müsse noch intensiver gearbeitet werden, denn nur durch Bemühungen der Börsenrichter an die Börsenrichteranstalten einzulegen werden, Kollege Böhmelsburg glaubt, erfahren zu müssen, daß die Börsenrichter nicht genügend betrieben wurde, obgleich viele gegeben haben, die Organisation vorwärts zu bringen. Es müsse noch intensiver gearbeitet werden, denn nur durch Bemühungen der Börsenrichter an die Börsenrichteranstalten einzulegen werden, Kollege Böhmelsburg glaubt, erfahren zu müssen, daß die Börsenrichter nicht genügend betrieben wurde, obgleich viele gegeben haben, die Organisation vorwärts zu bringen. Es müsse noch intensiver gearbeitet werden, denn nur durch Bemühungen der Börsenrichter an die Börsenrichteranstalten einzulegen werden, Kollege Böhmelsburg glaubt, erfahren zu müssen, daß die Börsenrichter nicht genügend betrieben wurde, obgleich viele gegeben haben, die Organisation vorwärts zu bringen. Es müsse noch intensiver gearbeitet werden, denn nur durch Bemühungen der Börsenrichter an die Börsenrichteranstalten einzulegen werden, Kollege Böhmelsburg glaubt, erfahren zu müssen, daß die Börsenrichter nicht genügend betrieben wurde, obgleich viele gegeben haben, die Organisation vorwärts zu bringen. Es müsse noch intensiver gearbeitet werden, denn nur durch Bemühungen der Börsenrichter an die Börsenrichteranstalten einzulegen werden, Kollege Böhmelsburg glaubt, erfahren zu müssen, daß die Börsenrichter nicht genügend betrieben wurde, obgleich viele gegeben haben, die Organisation vorwärts zu bringen. Es müsse noch intensiver gearbeitet werden, denn nur durch Bemühungen der Börsenrichter an die Börsenrichteranstalten einzulegen werden, Kollege Böhmelsburg glaubt, erfahren zu müssen, daß die Börsenrichter nicht genügend betrieben wurde, obgleich viele gegeben haben, die Organisation vorwärts zu bringen. Es müsse noch intensiver gearbeitet werden, denn nur durch Bemühungen der Börsenrichter an die Börsenrichteranstalten einzulegen werden, Kollege Böhmelsburg glaubt, erfahren zu müssen, daß die Börsenrichter nicht genügend betrieben wurde, obgleich viele gegeben haben, die Organisation vorwärts zu bringen. Es müsse noch intensiver gearbeitet werden, denn nur durch Bemühungen der Börsenrichter an die Börsenrichteranstalten einzulegen werden, Kollege Böhmelsburg glaubt, erfahren zu müssen, daß die Börsenrichter nicht genügend betrieben wurde, obgleich viele gegeben haben, die Organisation vorwärts zu bringen. Es müsse noch intensiver gearbeitet werden, denn nur durch Bemühungen der Börsenrichter an die Börsenrichteranstalten einzulegen werden, Kollege Böhmelsburg glaubt, erfahren zu müssen, daß die Börsenrichter nicht genügend betrieben wurde, obgleich viele gegeben haben, die Organisation vorwärts zu bringen. Es müsse noch intensiver gearbeitet werden, denn nur durch Bemühungen der Börsenrichter an die Börsenrichteranstalten einzulegen werden, Kollege Böhmelsburg glaubt, erfahren zu müssen, daß die Börsenrichter nicht genügend betrieben wurde, obgleich viele gegeben haben, die Organisation vorwärts zu bringen. Es müsse noch intensiver gearbeitet werden, denn nur durch Bemühungen der Börsenrichter an die Börsenrichteranstalten einzulegen werden, Kollege Böhmelsburg glaubt, erfahren zu müssen, daß die Börsenrichter nicht genügend betrieben wurde, obgleich viele gegeben haben, die Organisation vorwärts zu bringen. Es müsse noch intensiver gearbeitet werden, denn nur durch Bemühungen der Börsenrichter an die Börsenrichteranstalten einzulegen werden, Kollege Böhmelsburg glaubt, erfahren zu müssen, daß die Börsenrichter nicht genügend betrieben wurde, obgleich viele gegeben haben, die Organisation vorwärts zu bringen. Es müsse noch intensiver gearbeitet werden, denn nur durch Bemühungen der Börsenrichter an die Börsenrichteranstalten einzulegen werden, Kollege Böhmelsburg glaubt, erfahren zu müssen, daß die Börsenrichter nicht genügend betrieben wurde, obgleich viele gegeben haben, die Organisation vorwärts zu bringen. Es müsse noch intensiver gearbeitet werden, denn nur durch Bemühungen der Börsenrichter an die Börsenrichteranstalten einzulegen werden, Kollege Böhmelsburg glaubt, erfahren zu müssen, daß die Börsenrichter nicht genügend betrieben wurde, obgleich viele gegeben haben, die Organisation

der baugewerblichen Arbeiter auf Mißstände in diesem Gewerbe aufzuhülfen seien, daher die gegenwartig hohen Bitten der Verfehlungen der Ablösungsorgane, am Rheumatismus, der Magen- und Darmleiden, sowie der sogenannten Dentalkrankheit. Durch Untersuchungen von Dr. Striß sei nachgewiesen, daß die Häufigkeit der Erkrankungen am Rheuma (Schwindfieber) nur auf den Kalk, Zement, Stein, Holz und Holzstaub, welcher den Arbeitern durch Einschüttung zugesetzt wurde, zurückzuführen ist. Alle beobachtete Mißstände werden angeführt: das Zersetzen der Bauarbeiter durch offene Kaffeehäuser, wodurch das ganze Gebäude mit dem sich entzündeten, so sehr gesundheitsfördernden Kohlenoxydolat geschädigt wird; so wie im Innern beschädigte Arbeitsergebnisse werden. So wird das Arbeiten zur Herbst-, Winter- und Frühjahrsszeit in den schlechten Gebäuden geführt, wobei die Arbeitern sehr unter der Kälte und Sonneneinstrahlung leidet, wodurch sie leicht zu seien haben. Die Bauarbeiter sind der Konkurrenz ausgesetzt, der materiellen und mittleren Interessen des Arbeiters. Es wird daher auch in der Petition bestagt, daß auf die Bauarbeiter vom Betriebsminister sowohl als auch von den Reichsbehörden ein hoher Schutz gelegt wird. Dann absehen davon, daß die Bauarbeiter, wenn überhaupt vorhanden, meist nur ganz ungünstige Breiterläufe führen, die Schule gegen Kind und Elternteil gar nicht gewahrt, und jeder Böschung und Saniatsentwicklung entbehren, so werden diejenigen sehr oft und noch als Materiallagerpläne mit verwendet. Von getrennten Räumen für beide Geschlechter ist überhaupt gar keine Rede. 4. Die Abortsachen sind in der Regel nur in der allerprimitivsten Form vorhanden; von Desinfektion und gelegenter Abschluß keine Spur, bejondern Räume für weibliche Arbeitnehmer sind unbekannt. Dinge, und so haben sich Arbeitnehmer in lästige wie schärfste Sicht eingestellt, die alle Beschreibung spotten. Ja, es kommt sogar vor, daß der Raum selbst zur Ablagerungsstätte des Exrementen gemacht wird.

Die Petenten machen im Anschluß an diese Ausführungen eine klare Vorhersage für die Errichtung und Errichtung guter Bauwerke und Werke und verweisen auf die von ihnen veranlaßten Erhebungen, welche innerhalb des Bereiches des fachlichen Baugewerbes-Berufsgenossenschafts in den Jahren 1895 und 1897 angefertigt worden sind. Zum Schluß wird darauf hingewiesen, daß die Überwachung der Bauten durch die Staatsbehörden eine ungenügende sei; auch die Kontrolle der Baufachprüfer der Berufsgenossenschaften könne einer intensiven Prüfung haben und sei daher eine unbefriedigende. Die baugewerblichen Arbeitnehmer müßten bis jetzt die Wohlthat des Gewerbeinspektors erkennt, fragten im Frühjahr 1898 einer aus Dresden entsendeten Befehl der Bauarbeiter des Direktors im Reichsamt des Innern, Herrn Oberregierungsrath Dr. v. Weiß, die Ausführung desselben aus auf die baugewerblichen Arbeiter ausgestrahlt worden sei.

Die Petenten wünschen für das Baugewerbe ein besonderes Institut für die Förderung und Entwicklung der baugewerblichen Grundlage zu schaffen. Bauarbeiterkongress für Deutschland zu ermöglichen sei. Hierzu wünschen Petenten die Unterstützung der Ständeversammlung und Gesetzgebung des nicht unbedeutenden Einflusses des Sachsen-Ministeriums.

Die Petitionsfamilie der zweiten Kammer hat in ihrer Sitzung vom 21. März d. J. zunächst beschlossen, einen königlichen Kommissar zu errichten, um all erfahrene, welche die Königliche Staatsregierung zu der in Nebenstehender Angelegenheit übernehmen, sowie was bisher in derartigen geschah sei und was etwa in Zukunft noch gethan werden könnte, um den Wünschen der Petenten gerecht zu werden. Die Regierungskommissionen sind demnach eröffnet (Sitzung vom 18. April d. J.) und haben unter Bezugnahme auf die schon vorhandenen Verordnungen des Ministeriums ungefähr Folgendes erklärt:

I. Zur Erweiterung und Verbesserung der Unfallverhütungsvorrichtungen sind Regierung und Landtag nicht instand, denn die Sachsen-Baugewerbe-Berufsgenossenschaft begrenzt sich nicht allein auf das Königreich Sachsen, sondern dem Landesverhütingamt, so daß man sich zu diesen zu wenden gehabt hätte.

II. Der Erfolg einer Verordnung nach § 120a der Reichsverordnung könnte nur Gewerbebetriebene treffen, wodurch in seiner Wirkung unvollständig. Es empfiehlt sich daher, auf dem jetzt vom Ministerium beschickten Wege fortzufahren; es könnte eine nochmalige Einholung der Verordnung in Frage kommen, ob könnte auch erworben werden, die Fragen bei der baufachlichen Revision der Baugesetzung zu regeln.

Wenn in dieser Sitzung die Petition der Regierung zur Kenntnisnahme überreicht wird, würde das Ministerium sich einverstanden erklären.

III. Bereits der jugendlichen Arbeitnehmer und der Frauen sind Befürworter angeführt worden, es hat sich aber dabei ein Bedürfnis für besondere Regelung nicht herausgestellt.

IV. Es empfiehlt sich auch nicht, die Errichtung eines Baugewerbe-Institut's anzufordern. Eine Einholung von Auffassung des Reichsbehörden würde nur zu unzutrefflichen Folgerungen führen.

Den Ausführungen der Kommissionen hat sich demnach die Petitionsdeputation angeholt und ihre Schlüsse wie folgt formuliert:

„Zu I. Unfallgefahr im Baugewerbe betreffend, sage man sich Folgendes:

Obgleich eine Berechtigung zu den von den Petenten angeführten Klagen, wenn auch nicht durchgehend bei allen, wie die Petenten selbst angeben, so doch bei einer gewissen Masse von Bauunternehmern, nicht von der Hand gewiesen werden kann, so muß doch auch andererseits die Erklärung der Königlichen Kommissionen, daß Regierung und Landtag hier nicht aufdringlich seien, weil der Geschäftsbereich des Sachsen-Baugewerbe-Berufsgenossenschafts sich nicht allein auf das Königreich Sachsen bezieht und dieselbe daher nicht dem Landesverhütingamt entspreche, sondern dem Reichsverhütingamt unterstehen, an welches Petenten in der fraglichen Sache sich zu wenden gehabt hätten, als ganz sachgemäß und vollberechtigt erkannt werden. Die Deputation befürchtet daher:

die Petition, soweit sie sich auf Unfallverhütungsvorrichtungen bezieht, nach § 23a der Landtagordnung für unzulässig zu erklären.

Zu II. Berufskrankheiten und Sittlichkeitsgesetzgebung betreffend, will die Deputation ebenfalls das Vorhandensein der von den Petenten angeführten Mißstände, aber auch nur mit der schon vorangegangenen Beschränkung, verneinen, sie meint aber auch den Herren Regierungsvorstellern insoweit bestimmen zu müssen, daß durch den Erfolg der beiden vorerwähnten Verordnungen schon manches genutzt worden sei und durch weitere beschärkte Verfolgung derselben noch vieles geschieft werden könne, woselbst es sich empfiehlt, auf dem bis jetzt beherrschten Wege weiter vorzugehen, um so mehr als durch ein Vorhaben auf Grund des § 120a der Reichsverordnung nur die gewölbten, aber nicht die privaten Bauunternehmer getroffen werden würden, was sehr aufdringlich im Sinne der Petenten sein würde, sowie daß die vorliegende Sache bei der baufachlichen Revision der Baugesetzung mit erwogen werden könnte. Zu wünschen ist nur, daß alle die Maßregeln, die bereits getroffen sind und noch getroffen werden sollen, durch die Arbeitnehmer die nötige Beauftragung und Unterstützung finden. In diesem Sinne beantragt die Deputation, die Räume wolle beschließen.

Die Petition, soweit sie sich auf den Schutz von Schönheit und Sittlichkeit der Bauarbeiter bezieht, der Königlichen Staatsregierung zur Kenntnisnahme zu überreichen.

Zu III. die Arbeiterschutzgesetzgebung betreffend. So die Petition, soweit sie nicht durchaus überzeugen können, daß sich, um den Arbeitern der Petenten, soweit sie berechtigt sind, nachzukommen, sowie um die behaupteten Mißstände und Mißverhältnisse, insoweit sie wirklich vorhanden sind, abzustellen, eine besondere Bauarbeiter-Schutzgesetzgebung für das Deutsche Reich notwendig mache, beweisen aber auch davon, daß besondere Baugewerbe-Inspektionen bestimmt werden sollten, sie stellt sich vielmehr auf den Standpunkt, daß im Rahmen der bestehenden Gesetze (sogar auch § 105 der Reichsverordnung) recht wohl die vorliegende Angelegenheit einer allgemeinen Verteilung gegründet werden kann, sie beantragt daher und ganz besonderer und unter Berücksichtigung der von den Herren Kommissionen angebotenen, bei einem Vorhaben im Sinne der Petenten zu berücksichtigende Haftung von Auffassung der Reichsbehörden für eine und bestrebt Sache, die Räume wolle beschließen:

Die Petition, soweit sie sich auf eine Einwirkung

von der Königlichen Staatsregierung auf die Arbeitnehmer bezüglich der Unternehmensrechtsänderung mit einer vorhergehenden Unterhandlung mit unserer Lohnkommission abhängt machen.

Hochachtungsvoll

Die Lohnkommission der Maurer zu Magdeburg und Umgegend.

Die Ortsvereine Magdeburg und Neustadt-Magdeburg (Gleich-Dünner-Schiff) der deutschen Bauarbeiter haben gleichfalls wiederholt den Streit der Bauarbeiter für gerechtfertigt erklärt und die weitere Unterstützung ihrer in Mitteldeutschland gesogenen Mitglieder beschlossen.

Die „Magdeburgische Zeitung“, die Wortschriften des Unternehmers, wünscht, da immer mehr Berufe in Mitteldeutschland gezogen werden, daß die streitenden Parteien recht bald zu einer Einigung kommen möchten. Doggen haben die Ausgabe zu gewünscht, um nichts einzumenden, möge nur die Magdeburg. Sie wünschen dadurch bestmöglich, daß sie ihre Lieder über das sinnlose Vorhaben der Unternehmensvereinigung aufklärt. Dazu zu beweisen, daß die Arbeitnehmer Schutz auf dem jetzigen Stande finden, wird die gesammelte Unternehmenspreise nicht im Stande sein.

In Burg scheint der Streit auf dem Höhepunkt zu stehen. Augenscheinlich herzlich zwar dumpfe Kluhe wird auf beiden Seiten über in dieser Woche wird vielleicht noch das ferne Schloß des Streites öffnen. Die Unternehmer rechnen darauf, daß zu Pfingsten eine prächtige Ansicht der angrenzenden Streitenden zum Benehmen ihrer Angestellten kommen und dann leicht geeignet zu machen seien, die Arbeit zu den alten Bedingungen wieder aufzunehmen. Doch haben die Unternehmer sich während des Streites schon oft glücklich und höflich wünschen, daß sie auch bestrebt. Die bisher an Orte verbleibenden Streitenden, 51 Verhältnisse und vier Lebige, befinden sich der Hoffnung hin, daß kein einziger auf Beischlaf kommen, abstimmt wird, 30 Mann haben und beschlossen, am Mittwoch nach Pfingsten abzureisen, wenn es dahin keine Einigung erzielt ist. In einer Unternehmensverfassung in der vorigen Woche wurde der Antrag gestellt, die Forderung der Gefellen zu beurteilen, eventuell mit den Streitenden in Unterhandlung zu treten. Dieser Antrag wurde auf Pfingsten abgelehnt. An der Sitzung der Streitenden wird es liegen, den Unternehmern einen anderen Standpunkt plausibel zu machen. Der Streit macht für mittleren Zweck bestrebt, um darüber die Unternehmern immer drückender bestrebt, und werden die Unternehmer auch von dieser Seite zur Nachgiebigkeit gedrängt.

In Wriezen (Brandenburg) werden die Kollegen in dieser Woche wahrscheinlich in den Kreis treten.

In Brandenburg sollen am Dienstag (31. Mai) Einigungsverhandlungen vor dem Gewerbericht stattfinden.

Einigungsverträge fanden auch statt in Landsberg a. d. R. Die Vereinigung der Unternehmer hatte eine Kommission beauftragt, mit einer Kommission der Streitenden zu unterhandeln. Dem wurde auch stattgegeben. In der Verhandlung wurde auch eine Einigung erzielt bis auf die Lohnhöhe. Die Unternehmer-Kommission bestand darauf, nur eine zehnprozentige Lohnsteigerung einzutreten zu lassen, während die Gefellen-Kommission von der Forderung, 55 % Mindestlohn, nichts abschlagen konnte. Die Haltung der Gefellen-Kommission wurde auch in der daran folgenden Verhandlung der Streitenden mit 185 gegen 9 Stimmen gut gezeigt. Die Unternehmervereinigung dagegen hat sich erbittert verhandelt, denn sieben Unternehmer, die ungefähr zwei Drittel der gefallenen Maurer beschäftigen, haben, nachdem sie bestrebt, daß die Streitenden fest blieben, den Tarif der Gefellen durch Unterstreich anerkannt. Darauf besteht begründete Hoffnung, daß gleich nach Pfingsten noch einige Unternehmer bestrebt werden. Zum anderen werden Dienstleister, die zu den neuen Bedingungen nicht in Arbeit treten können, in größter Zahl abreisen.

Aus Potsdam ist vorläufig nicht Neues zu berichten. Auch dort wird es sich in dieser Woche zeigen, ob die Kollegen in größerer Anzahl der Organisation den Rücken kehren werden.

In Altstadt befinden sich in der abgelaufenen Woche noch zwei Kollegen im Streit, die dort arbeiten auswärts. Fünf Kollegen arbeiten zu den geforderten Bedingungen und zwölf Mann arbeiten als Streitbrecher.

Die Altstädter Kollegen sind sofort bis auf 25 Mann abgereist. Von den umstehenden 150 Mann blieben nur 11 als Streitbrecher stehen. Dieses Resultat haben die Unternehmer sich gefragt und geflüstert, daß es sich auslicht, die Gefellen könnten sich austauschen, ehe er etwas bewilligt. Die Mehrheit steht auch aus, nach einem anderen Tarif pfosten. Die alte Polizei war natürlich auch sofort dabei, und — wahrscheinlich, weil nichts Anders zu reiten war, bewaffnete, daß die Streitenden kein Losal zur Regelung ihrer Angelegenheiten erhielten. Seit der Wirt, bei dem die Maurer 12 Jahre lang ihre Gewerkschaftsunmittelbarkeit gehabt haben, verbot ihnen für die Dauer des Streites kein Losal. Wie groß die Angst der Wirt ist vor der Polizei ist, geht daraus her vor, daß ein Vorhaben, welches sich über den Stand des Streites informieren wollte, zugemutet wurde, das von ihm bestellte Logis nach gegen 11 Uhr aufzugeben, weil die Wirtin sich unannehmlichkeiten seitens der Polizei ausgeglichen glaubte, wenn sie den „Heizer“ beherbergen würde.

Im Teterow waren noch 21 Kollegen im Streit. Unternehmer, ungenannte Einzelne suchen in der „Teterower Zeitung“ den Streitenden inzwischen klar zu machen, daß ihr Vorhaben durchaus ungerechtfertigt sei. Eine dieser Flugschriften läßt sich offen vernehmen:

„Der Maurer breite bei noch einflussreicher Mittagszeit

zeit und zeit, elfstündiger Mittagszeit pro Stunde 27½, also pro Tag 28½, und bei 11stündiger Mittagszeit und 10½stündiger Nacht im April und September auch mit 15 Stunden genügt und für die 10½ Stunden allgemein 30 % haben, also pro Tag 4, 3, 15. (Die „Unternehmenszeit“). Ob diese Forderung zu billigen ist, werden an besten die Beurteilungen wissen, welche die schon genug gesetzten Menschenpreise zu zaubern bestreben.

Daß die Bauen in nun durch die erhöhte Lohnsatz schon so hoher

Berechnung kommen, hängt wohl mehr davon ab, ob er mehr oder weniger Bier getrunken (11), mehr oder weniger Bier trinkt, mehr oder weniger für das Bergmännchen opfert.

Man möge sich auch nicht einbilden, daß die mecklenburgischen Bauarbeiter mehr verstecken als die Thüringer. Die Bauarbeiter

war in Städten längst auf hoher Stufe, bevor sie in deutschen Landen blühte.

Wir brauchen uns mit diesem Bleibermann hier nicht weiter zu beschäftigen, die Teterover Kollegen haben schon die Auflösung beforgt. Mit einem nationalsozialistischen Geiste, wie der Einlender zu sein scheint, würden wir höchstlich auch noch nicht fertig werden. Denn gegen die Dummheit kämpften besonders leichter Göttler vergebens. Auch den Unterschied zwischen der italienischen Baukunst und der in Mecklenburg verlangten Maurerkunst würde wohl der „imparteiliche“ Einlender nicht fassen durch theoretische Auslehrung. Wir lassen vielmehr den Teterover Magistrat, wie es scheint, nun zur Anwendung bringen will:

Ausführliches Gewerbetreibenden, gewerblichen Geschäften, Gefallen und Werkstätten ist es verboten, auf öffentlichen Straßen und Plätzen, auf Bahnhöfen und Haltestellen der Eisenbahn, Brücken und Autobahnen die Schiffe als Straßensachen aufzustellen, aufzuhängen oder unter zu geben. Nebenordnungen werden auf Grund des § 866, 10. des Strafgesetzbuches mit Geldstrafe bis zu zehn Mark oder mit Haft bis zu 14 Tagen bestraft.

Die Strafe wird durch polizeiliche Strafsverfügung festgesetzt werden.

Teterow, den 25. Mai 1898. Der Magistrat.

Der Staub des Streits in Neumünster ist noch derselbe. Die Innungsmeister verhalten sich noch immer ablehnend. Bei den älteren Unternehmern, die die Forderung bewilligt haben, sind 21 Kollegen beschäftigt. Im Streit sind noch 25 Kollegen. Streitbrecher sind 20 zu verzeichnen, welche größtenteils aus den Reihen der organisierten Kollegen herabgegangen. Es ist dies auch kein Wunder, da die Kollegen Hausbesitzer sind, das heißt, sie sind abhängig von den Meistern. Einem wurde eine Unternehmerin die Bürgschaft geflügelt und anderen wurde dies in Aussicht gestellt.

Mit den schwäbischen Unternehmen haben die Herren wenig Grund gehabt, sie haben die Unternehmerparole: Profit ist heilig! welche bei ihren auswärtigen Kollegen ebenfalls nachgewiesen ist. Leider hat mehrere Bauarbeiter durch die Berufserklärung geflüchtet, diese beschäftigen, gegen den Vorwurf der Innung, Zimmermeister Harz, gerichtet vorzugehen. Die Situation ist äußerst günstig, die Kollegen können nächste Woche auswärtig untergebracht werden.

In Bremen haben Unternehmungen stattgefunden, doch fanden die Unternehmer nicht einig werden, da einige detailliert in der Erhöhung festhielten. Die Streitenden erwarteten, dass die Unternehmer die Forderungen zu Pfingsten befürworten würden. Die Arbeit könnte nur durch zu drängen. Zugang ist nicht erfolgt, nur in Pldr am Gymnasium arbeiten drei Handarbeiter als Streitbrecher. Die Unternehmer haben sich auch schon um Abschüsse durch Antonia gewandt, das Geschäft soll aber höchstlieb befriedigt werden.

Ähnlich wird uns mitgeteilt, dass die Innung verschlossen hat, unter den obwaltenden Umständen 40 % Stundenlohn zu bezahlen. Die Streitenden verlangen aber voller Anerkennung ihres Bohrkarls.

Der Unternehmer in Hagen in Haberdeben mahnte einen Bauarbeiter. Sämtliche am Bau beschäftigte Männer und Arbeiter erklärten sich jedoch mit dem Mindestgehalt solidarisch und stellten an den Unternehmer die Forderung, denselben innerhalb 24 Stunden wieder in Arbeit zu nehmen. Da der Unternehmer sich aber beharrlich weigerte, legten sämtliche Arbeitsleute die Arbeit nieder. Dadurch sind nun auch die bei dem Unternehmer beschäftigten Männer in Mitleidenschaft gezogen worden. Sämtliche Baufacharbeiter werden erzählt, den Zugang fern zu halten.

In Bremerhaven, Geestemünde und Lehe befinden sich die Kollegen gleichfalls in Streit. Gefordert wird vornehmlich achtstündige Rohrbauzeit. 11 Unternehmer berücksichtigen, alle an den meisten anderen Orten, sind es auch hier die Innungsmeister, die erst durch den Streit gezwungen werden wollen, den Arbeitern den verdienten Lohn zur Zeit auszuzahlen. Es gehört wirklich schon eine ziemliche Portion Freiheit dazu, von Arbeit zu verzögern, seien Lohn dem Unternehmer länger als eine Woche zur Verfüzung zu stellen.

Der Streit in Citten (Müritz) ist am Freitag, den 20. Mai, durch Versammlungsschluss bis auf Weiteres verlängert worden. Die Unternehmer schlossen über den „Stieg“ über die Gesellen, wenn man aber die Sache bei Altri betrachtet, so sind sie die Unterlegenen. Nicht ihrer eigenen Intelligenz und Kraftschaft ist es auszurechnen, die Gesellen zu dem Abschluss gekommen sind, sondern der fast beißlosen Mikroskopie, mit der die Polizei zu Gunsten der Unternehmer gegen die Gesellen eingeschritten ist. Erfreulicher Weise, die Aufsichtsbehörde, die Gesellen ohne jegliche Urtat, die Aufsichtsbehörde, die Gesellen einzufangen, ließ sie bei den durch Pauschalierung, falscher Haftsaften angeworbenen Kollegen nothwendiger Weise verhindern — dieses wichtige Kampfmittel — war den Streitenden durch das Boreghen der Polizei vollständig entzogen. Daher kam es, dass in der letzten Woche über 300 Bürgerrecht, allerdings genannte „Herrschtausure“, die Arbeit annehmen konnten. Obgleich die Unternehmer nicht verhindern werden, von einer Niederlage der Gesellen zu profitieren, hat der Streit ihnen doch bewiesen, dass es nicht möglich sei, die beschworene Müntheit der Gesellen mit einer Rohrreduktion zu bewerkstelligen. Der Mut der Kollegen ist nach der erlittenen „Niederlage“ nicht gehörig, wissen sie doch ganz genau, dass eine nochmalige „Niederlage“ der Gesellen gleichbedeutend ist mit einem ganzenden Siege. Und der wird kommen, bevor auch nur den Meistern eine Rührung davon dominieren.

In Wilhelm a. M. traten die Kollegen am Sonnabend in den Streit; sie fordern gleichfalls 45 % Mindestlohn und 10 % stündige Arbeitszeit.

Die Kollegen in Kalk a. M. sind am Freitag in den Streit getreten. Die Unternehmer hatten eine Rohrherabsetzung von 8 % pro Stunde (Mindestlohn 40 %) und 10 % stündige Arbeitszeit zugestanden. Auch bezüglich der übrigen Forderungen wurden geringfügige Zugeständnisse gemacht. Doch die Kollegen lehnen das Angebot ab, sie fordern 45 % Mindestlohn.

In Solingen hatten die Kollegen an die Meister die Forderung auf Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit, 50 % Mindestlohn und Ausschaltung des Lohnes am Freitag gerichtet. In einer Verhandlung der Gesellen mit den Unter-

nehmern, die vor dem Oberbürgermeister geführt wurde, gestanden die Unternehmer die zehnstündige Arbeitszeit und die Freitagsabholung zu lehnen, aber den Mindestlohn ab. Außerdem wurde beschlossen, eine Verleihstammerei zu bilden, bestehend aus der gleichen Zahl von Gesellen und Unternehmern und dem Oberbürgermeister als Unparteiischen. Aufgabe dieser Kammer ist, alte Lohnstreitfälle und Streitigkeiten, die sonst über die getroffenen Vereinbarungen austreten, zu schlichten. Unsere Kollegen waren mit den getroffenen Vereinbarungen einverstanden, nun haben sie sich bestmöglich des Lohnes Bedenkt zu aus. Am Mittwoch, 26. Mai, hat nun die erste Sitzung der Bergbauskammer stattgefunden und in derselben ist der Lohn für Gesellen, Barfüßer und Bevarderer ausgeschlossen) mit 45 % festgestellt worden. Die Maurer haben in Abstimmung der übrigen, für die Solinger Verhältnisse ganz besondere Betriebsverhältnissen, die Lohnesfestsetzung und um einen langwierigen Streit zu vermeiden, auf die Durchsetzung ihrer Rohrherabsetzung verzichtet.

Das Stuttgart wird berichten: Die Maßregelungen der Maurer, die sie wohl, Zimmerarbeiten zu verrichten und dadurch durch den Bergbauspezialisten zu verhindern, nehmen größere Dimensionen an. Nachdem am Sonnabend schon fünf Werkmeister wie Ecker und Andere eine größere Anzahl Kollegen entlassen wurde, kamen am Montag die Maurer des Lorenzenz-Geschäfts an die Reihe. „Wer sein Gehalt legt, hat Feierabend und wird nie mehr eingestellt, das haben wir gegenwärtig unterschrieben“, meinte Herr Lorenz. Trotz der Drohung, sämtliche Arbeiter in die neu angelegte Straße 21 des „Solalweselverbands“ einzutragen, zu lassen, verließ jämmerliche Maurer mit Ausnahme einiger aller Angestellter die Arbeit. Auch die im Kanal arbeitenden Kollegen schlossen sich ihnen an. Die Situation wird von Tag zu Tag ernster. Die Rohrkonkurrenz der Maurer hat infolge dessen beschlossen, die Arbeitsermittlung und Unterstellung der auf Brutto-Lohnes auf's Pfotter geworfenen Maurer in die Hand zu nehmen. Die Kommission erließ gleichzeitig einen Aufruf an alle in Stuttgart und Umgegend arbeitenden Kollegen, unter keinen Umständen sich als Streitbrecher gebrauchen zu lassen. Gemahngesetzte haben sich an die Kommission im Gewerkschaftsamt gesellt.

In Südbaden haben die Herren wenig Grund gehabt, sie haben die Unternehmerparole: Profit ist heilig! welche bei ihren auswärtigen Kollegen ebenfalls nachgewiesen ist. Leider hat mehrere Bauarbeiter durch die Berufserklärung geflüchtet, diese beschäftigen, gegen den Vorwurf der Innung, Zimmermeister Harz, gerichtet vorzugehen. Die Situation ist äußerst günstig, die Kollegen können nächste Woche auswärtig untergebracht werden.

In Südbaden haben die Herren wenig Grund gehabt,

zu berichten. In Südbaden haben die Herren wenig Grund gehabt,

zu berichten. In Südbaden haben die Herren wenig Grund gehabt,

zu berichten. In Südbaden haben die Herren wenig Grund gehabt,

zu berichten. In Südbaden haben die Herren wenig Grund gehabt,

zu berichten. In Südbaden haben die Herren wenig Grund gehabt,

zu berichten. In Südbaden haben die Herren wenig Grund gehabt,

zu berichten. In Südbaden haben die Herren wenig Grund gehabt,

zu berichten. In Südbaden haben die Herren wenig Grund gehabt,

zu berichten. In Südbaden haben die Herren wenig Grund gehabt,

zu berichten. In Südbaden haben die Herren wenig Grund gehabt,

zu berichten. In Südbaden haben die Herren wenig Grund gehabt,

zu berichten. In Südbaden haben die Herren wenig Grund gehabt,

zu berichten. In Südbaden haben die Herren wenig Grund gehabt,

zu berichten. In Südbaden haben die Herren wenig Grund gehabt,

zu berichten. In Südbaden haben die Herren wenig Grund gehabt,

zu berichten. In Südbaden haben die Herren wenig Grund gehabt,

zu berichten. In Südbaden haben die Herren wenig Grund gehabt,

zu berichten. In Südbaden haben die Herren wenig Grund gehabt,

zu berichten. In Südbaden haben die Herren wenig Grund gehabt,

zu berichten. In Südbaden haben die Herren wenig Grund gehabt,

zu berichten. In Südbaden haben die Herren wenig Grund gehabt,

zu berichten. In Südbaden haben die Herren wenig Grund gehabt,

zu berichten. In Südbaden haben die Herren wenig Grund gehabt,

zu berichten. In Südbaden haben die Herren wenig Grund gehabt,

zu berichten. In Südbaden haben die Herren wenig Grund gehabt,

zu berichten. In Südbaden haben die Herren wenig Grund gehabt,

zu berichten. In Südbaden haben die Herren wenig Grund gehabt,

zu berichten. In Südbaden haben die Herren wenig Grund gehabt,

zu berichten. In Südbaden haben die Herren wenig Grund gehabt,

zu berichten. In Südbaden haben die Herren wenig Grund gehabt,

zu berichten. In Südbaden haben die Herren wenig Grund gehabt,

zu berichten. In Südbaden haben die Herren wenig Grund gehabt,

zu berichten. In Südbaden haben die Herren wenig Grund gehabt,

zu berichten. In Südbaden haben die Herren wenig Grund gehabt,

zu berichten. In Südbaden haben die Herren wenig Grund gehabt,

zu berichten. In Südbaden haben die Herren wenig Grund gehabt,

zu berichten. In Südbaden haben die Herren wenig Grund gehabt,

zu berichten. In Südbaden haben die Herren wenig Grund gehabt,

zu berichten. In Südbaden haben die Herren wenig Grund gehabt,

zu berichten. In Südbaden haben die Herren wenig Grund gehabt,

zu berichten. In Südbaden haben die Herren wenig Grund gehabt,

zu berichten. In Südbaden haben die Herren wenig Grund gehabt,

zu berichten. In Südbaden haben die Herren wenig Grund gehabt,

zu berichten. In Südbaden haben die Herren wenig Grund gehabt,

zu berichten. In Südbaden haben die Herren wenig Grund gehabt,

zu berichten. In Südbaden haben die Herren wenig Grund gehabt,

zu berichten. In Südbaden haben die Herren wenig Grund gehabt,

zu berichten. In Südbaden haben die Herren wenig Grund gehabt,

zu berichten. In Südbaden haben die Herren wenig Grund gehabt,

zu berichten. In Südbaden haben die Herren wenig Grund gehabt,

zu berichten. In Südbaden haben die Herren wenig Grund gehabt,

zu berichten. In Südbaden haben die Herren wenig Grund gehabt,

zu berichten. In Südbaden haben die Herren wenig Grund gehabt,

zu berichten. In Südbaden haben die Herren wenig Grund gehabt,

zu berichten. In Südbaden haben die Herren wenig Grund gehabt,

zu berichten. In Südbaden haben die Herren wenig Grund gehabt,

zu berichten. In Südbaden haben die Herren wenig Grund gehabt,

zu berichten. In Südbaden haben die Herren wenig Grund gehabt,

zu berichten. In Südbaden haben die Herren wenig Grund gehabt,

Alle Gehbemerkungen und Zuschriften richten man an die Geschäftsführung der Steinmärkte Deutschlands. — Paul Wissigke, Münster-Berlin, Steinweg 14.

Aus Österreich.

Vienna, Ende Mai.

Unter den Mauern in Wien ist eine sehr bedeutsame Fleischglückigkeit eingetreten, die für die schweren Folgen haben wird, wenn sie sich nicht bald eines Besonders schaffen. Schon das Rohrverhältnis hat nun die erste Sitzung der Bergbauskammer stattgefunden und in derselben ist der Lohn für Gesellen, Barfüßer und Bevarderer ausgeschlossen) mit 45 % festgestellt worden. Die Maurer haben in Abstimmung der übrigen Betriebe die Lohnkommunikation aufgehoben und nun einen langwierigen Streit zu vermeiden, um die Durchsetzung ihrer Rohrherabsetzung verzichtet.

Das Stuttgart wird berichten: Die Arbeit von Seiten der Betriebe und Meister hat sich die Situation ziemlich verschärft. Während in den letzten Jahren durch die bessere Bewegung auch so mancher böser Herren schied, der Brutalität und Drosphie, dass sie sich so mancher streiterigen Betriebe und Meister aus dem Weg schafften zu lassen, legen sie jetzt wieder alles davon ab und befreien sich, dass etwa Verfaulnis nachzuhören. Es darf und daher auch garnicht wundern, wenn die „Waffeln“ und „Tafelspeisen“ auf diesen Bauten nur heruntersteigen. Und woht Giner, dagegen zu protestieren, so liegt er auf die Straße und kann von Glück sagen, wenn er nicht leicht durchgepeitscht wird. Gern wird die Arbeitszeit nicht mehr eingehalten, wie es vor Jahren der Fall war. Es wird auf diesen Bauten vor 7 Uhr früh angefangen, und Abends wird es 17 Uhr und noch mehr, bis Feierabend geht nicht mehr. Das auch von den Bauten abgezweigt wird, ist unter diesen Umständen wohl selbstverständlich.

Das Ludwigshafen kann kaum eine Berührung im Strome des Rohrverhältnisses aufzuweisen. Hier sind lange Stämme eingebaut worden, das wird wieder gang und gäbe, und die Maurer lassen sich das alles ruhig gefallen. Sie sehen mit einem unbegreiflichen Stumpfum zu, wie fast alle Errichtungen, die in den Jahren 1890—1894 errichtet wurden, vernichtet werden. Es ist kein Sinn für geistige Arbeit mehr auf diesen Bauten vorhanden, und wenn es so fort geht, wird es bald noch schlechter werden, als es vor dem Jahre 1890 war.

Die Verhandlungen werden bloß von einigen Dutzend Meistern, von einer Vereinshaftigkeit kann fast gar nicht mehr geredet werden. Das Rohrverhältnis hat unter den vielen Betrieben Maurer kaum 200 Abnehmer, kurz, es findet, als ob ihnen jeder Sinn für das Streben nach höherer Verhältnis durchgegangen wäre. Der Besitz der Betriebsverhältnisse am Rohrverhältnis ist eine Art, dass es nur noch wieder kehrt wird, aber kommt die ungünstige Auswirkung Maurer — eine höchst geringe Zahl — in die Volksstätte los. Sollte sie liegen, so ist nicht wieder zu blicken. Als sie erfahren hatten, dass die Meister nichts beurteilen, gingen sie wieder fort und drohten auf den Bauten wie wild. Das ist ihre Fähigkeit, die wenige Arbeit recht schnell fertig zu machen, damit ja die Arbeitsfähigkeit ins Unvermögen trete und so den Meistern diese Gelegenheit zum Vorliegenden gegeben wird.

Da nun in der erdächtigen Gehilfenversammlung beschlossen wurde, die Forderungen nochmals zu überreichen und aus den Weben der anwesenden Meistervertreter zu entnehmen war, dass bei der folgenden Meisterversammlung die Rohrherabsetzung vertreten wolle, so bleib ein neuer Schimmer vor Hoffnung, doch vielleicht doch noch etwas in diesem Jahr zu erreichen sei. Die Maurer haben allerdings in dieser Zeit nichts gehabt, um die Forderung Nachdruck zu verhafthen. Am 5. Juni findet neuordnung in der Volksstätte eine Gehilfenversammlung statt, wo die zweite Antwort der Meister zur Verhandlung gelangt. Es werden wir pro Tag für den Maurer verlangt, was angehört der großen Theorie gewiss nicht viel ist. Schön die Steigerung der Meisterschaft würde allen diese Rohrherabsetzung bekräftigen. Noch vor einem Jahre fanden das Rohr 14 kr. jetzt kostet es 28 bis 30 kr. Selbstverständlich sind auch andere Lebensmittel, wie Schmalz, Fleisch, Brot etc., in Preise gestiegen und der Verdienst ist kleinen geworden. Die Kaufhäuser benutzen diese Gelegenheit, den Zins zu steigern. Voriges Jahr musste das Hochwasser dazu herhalten, kann die Personale umso mehr benötigt, um den Meistern ungewöhnliche Summen für kleine, schlechte Wohnung abzunehmen. Wenn all diese Umstände nicht bewirken, dass die Maurer wieder zur Vernunft kommen, dann müssen wir faktisch nicht mehr, was wir von ihnen denken sollten.

Obwohl die gegenwärtige Situation, die unter den Mauern herhält, nicht dazu berechtigt, Glücksfälle zu hoffen, so wollen wir doch annehmen, dass sie wieder aus ihrer Unglücksfähigkeit erwachen und für ihre Forderungen eintreten, sowie für geordnete Verhältnisse auf den Bauten Sorge tragen, ehe es spät ist.

* * *

Aus Innsbruck wird berichtet: Der Bauarbeiterstreit dauert unverändert fort. Die Zahl der mit dem Streik nicht einverstanden ist äußerst klein. Am 24. Mai, Vortag mittags, rückten auf Requisition drei Kompanien Militär auf die Baupläne, um eventuell diejenigen, welche arbeiten wollen, zu schließen, aber nur einige Arbeitnehmer erschienen, die auch wieder fortgingen, so dass das Militär wieder einsatzbereit wurde. Die Menge wurde nirgends gefördert. Zum ersten Male beteiligten sich auch sämtliche Italiener am Streikende.

Die Forderungen der Streikenden sind: Einführung eines

Mindestlohnes von 1 fl. 50 kr. pro Tag, Einführung der zehn-

stündigen Arbeitszeit in der Weise, dass die Arbeitszeit zwar,

wie bisher, von 6 Uhr Früh bis 6 Uhr Abends zu dauern hat,

jedoch die Mittagspause anderthalb Stunden betragen soll, mit

Beibehaltung des Frühstücks- und Beispielspausen von je einer

Stundekunde. Abholzung der Aufrüstarbeit, Lohnauszahlung an jedem Sonnabend, Regelung der Kindergartenträger, Kau-

gewöhnen es nicht, denn wir wollen die Herren im Hause sein." In Hamburg verlangen die Hafenarbeiter bessere Arbeitsbedingungen und Abstellung der empörenden Missstände; in ganz Deutschland erklärt Alles, was noch einen Funken Gerechtigkeitsgefühl bewahrt hat, seine Sympathie für die Streitenden und nachdrücklich wird die Revoluzzerung der Gewerkschaften.

der Ausbeuterinteressen aus dem Reichstag.
Seid „Herr im eigenen Hause“. Sorgt dafür, daß die Kandidaten der Arbeiterpartei, daß Sozialdemokraten in den Reichstag gewählt werden.

gehören es nicht, denn wir wollen die Herren im Hause sein.“ In Hamburg verlangen die Häfelearbeter bessere Arbeitsbedingungen und Abstellung der empörenden Missstände in ganz Deutschland erklärt Alles, was noch einen Funken Geschäftsgesinnth bewahrt hat, seine Sympathie für die Streitenden und nachdrücklich wird die Verbreitung der Forderungen durch eine amtliche Unterredung befähigt, aber die Unternehmer, häufig gemacht und unterteilen von Ehren-Summi, erlassen: wir willigen nichts, denn wir sind die Herren im Hause! Am 1. Mai wollen die sozialdemokratischen Arbeiter ihren Weltfeiertag feiern, das Unternehmertum sperrt sie aus den Fabriken auf Wochen und Monate, prophezeit, wie der Berliner Ring der Brauer, langdauernde erbitterte Kämpfe, denn — „wie wollen Herren in Hause sein?“ In Bremen wollen fröhliche Gründel-Abendritter nicht von ihren althergebrachten Feierabenden lassen, weil sie es für unvereinbar mit ihrem Gewissen halten, an jenen Tagen zu arbeiten — sie werden von den berühmten Schlossarzten ausgesperrt, möbel die Regierung sich unanmuthend auf Seite der Unternehmer schlägt, und wieder erklärt einer der parlamentarischen Wettbewerber des Protestantismus, Herr Beumer, im preußischen Reichstag: Darüber, wann die Arbeitnehmer Feierabende halten dürfen und wann nicht, kann die Werberatung zu entscheiden, wenn sie hier ist, sonst nicht.

„wenn sie Herr im Hause bleiben wolle“.

Es ist gut, wenn die Arbeiter sich diese Phrase merken und ihre vorher Bedeutung sich klar machen. Herr im Hause war der Geschäftsherr seinen Slaven gegenüber. Herr im Hause war der Gründhaber seiner Salzgewinnungen gegenüber. Wenn heute Unternehmer daran ausgeht, „Herr im Hause zu sein“, so bedeutet das: Er will die Arbeitsbedingungen nach seinen Gütekriterien bestimmen, er will feste gelegene Schranken der Ausbeutung setzen, er will die Arbeitersorganisation brechen.

Der alte Sozialist schreibt: „Der einzelne Arbeiter ist machtlos dem Unternehmer gegenüber, nicht aber die organisierte Arbeiterschaft können Arbeitsbedingungen verlangsamen, füngt an, bei den deutschen Arbeitern gewöhnt ist zu werden. Sie sind ebenso wie wir im Organisationsträger bestellt. Daß wir der Partei angehören, ist die Freiheit seines Seins“ bei den Unternehmern. Mit jedem der Unternehmerväter will der Herr „Sousordnung“ einen freien Vertrag schließen. Ihnen allen will er die „Sousordnung“ herstellen. Der Kapitalregenten, der unter und mehr Dem, der es mag, sich überlegen zu zeigen. Seine Arbeiterschaftsvereinigung und sein Schutzbund, hält diese „Sousordnung“

er Ausbildung beginnen. Das ist der Sinn jener Rechtsart, und der Weg ist bereits eingeschlagen, um dieses Ziel zu erreichen. — Die Arbeiterschulegegebung in Deutschland hat nun erst begonnen, das Bevölkerungs-, ein Normalarbeitsstag die erwünschte Arbeitszeit fest, und trotzdem ist offen vom Staatsrecht des deutschen Parlaments proklamiert worden, man werde nicht daran, dies förmliche Gesetzesabschaffung anstreben.

Die Partei darf daran, diese kargile Gesetzgebung zu verhindern. Das Koalitionsrecht der Arbeiter ist dem Unternehmerum einborn in Augo - und sojan, ist ein vollbrüfige Mann zu unternehmen, der es unternimmt, dieses Recht dem Wolfe zu befehlen. Der Geheimerat des Herrn Bosodousky ist es mit wünschenswerter Macht gezeigt, daß die Regierung in beiden Dingen sie, den Geheimen Stuhl des Stuhscheren Claque erfüllen, sage sie Alles was will, auf den Stuhschen wechselseitig unternehmer um unmissverständlichen Stern zu machen. Dieser Geheimerat ist nur ein Fleib in der Kette politischer Beleidungen, er jeden größeren Streit nahm die Regierung des neuen Reichs Gelegenheit, um sie gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter mehr oder minder deutlich auszuspielen. Den rheinischen Bergarbeiter wurde am 16. Mai 1889 die Autark zu Teile waren, kontraktförmig. Sein Streit der Brauereiarbeiter, Konfessionararbeiter, die Hafenarbeiter in Hamburg, immer es war die gleiche Beurteilung, wie man gegen Regierungskräfte spricht, immer bestrebt sich diese Beurteilung mit den Standarten der Unternehmer, wonach ein Streit, gleichwohl, was die Arbeit zu denjenigen sei, ein Einbuck in die Rechte des Unternehmers sei, der „Herr im Hause“ sein will. Doch ist das erste Anfang der geplanten Aktion. Herr von Bosodousky, der „Anflanger“ und „Auffänger“, hat mit seinem Geheimen Schrift den ersten Schritt getan auf dem Wege, der in der Sache auf dem Sparrenberg bei Bielefeld vorgesezten wurde, und für sich von seiner Bedeutung, dem soan bisher gegen irgend welche „Ausbreitungen“ bei Streits der deutschen Geschichten in einer Welt beigegegangen, die nur in Russland übereingehen hat. Das heißt: darf nur wenige wurden gegen die Arbeiter, von einem Unternehmer die Unternehmer wegen Verbrechungen, zwangs Arbeitsaufträge ist keine Rede, trotzdem es ist Deutschland nicht an Unternehmerverbänden fehlt, deren Aufgabe einzugs heran betrachtet, Arbeitergemeinschaften zu belämmern, trotzdem es notwendig ist, ein gutes System der schwärmenden Künste, von Gelehrten gesellschaftlichen u. p. bestellt. Man kann auf das Programm, in jener Bielefelder Rede und in Geheimratsschul des Herrn Bosodousky enthalten ist, garnicht anders ausdrücken, als wenn die Unternehmer einen Kiel ergraben hätten. Und so fachten die Stuhs und Konföderation auf, sie dankten für das Vortragen des Grafen v. Bosodousky ihren schmeicheligen Wünsch zu politischen, den Menschen, Herr im eigenen Hause zu sein. Als die Sozialdemokratie, der Mensch, Herr im eigenen Hause zu sein.

Als die Sozialdemokratie den Herrn Grafen im Reichstag er-
bte, griff der Herr Minister mit einem zweizeiligen Mittel:
bernehr nicht nur die helle Beleuchtung, sondern rührt
seines Werkes. Er erklärt, er werde mit diesem Gesetz als
Humanist der Regierung vor die Wälder treten. Nun, es
hat keine der Regierungsparteien es gewagt, dieses Wahl-
fest den Wählern in Erinnerung zu rufen. Ein Egoist,
der es möglichst roh zu schweigen. Aber ja, hier ist denn
das Gedächtnis des Arbeiters nicht, und an Gelegenheiten
der Verdröhung des Koalitionsstaates zu erinnern, fehlte es
in allen Jahren seit jenen Erläuterungen nicht.

Am 16. Juni wird also jeder hoffende Proletarier beim Gong zur Urtei sich das „Wahnsinnfest“ des Herrn Grafen v. Polabowitsch und der Wohlhabenden der Unternehmer vom „Herrn in eigener Haue“ in’s Gedächtnis rufen und demengenau handeln. Jeder Hoffnungslose Arbeiter wird die Kritikur darauf finden. Herr in deutscher Reichsstadt ist von Rechtigkeiten wegen daß er auf die Wölfe und wer ihm das Haus streift macht, ihm „hintergründiger“ werden! Die reichen Kapitalisten, welche bereits den Grund und Boden, die Fabriken und die Kaufhäuser in ihrem Privateigentum haben, wollen jetzt auch den deutschen Reichstag durch Aenderung des Reichstagsat- wahlrechts für sich in Besitz nehmen. Arbeitende Männer Deutschlands! Nehmt dieses mal Euer politisches Gescheute aus! Weist die Verfechter

der Ausbeuterinteressen aus dem Reichstag.
Seid „Herr im eigenen Hause“. Sorgt dafür, daß die Kandidaten der Arbeiterpartei, daß Sozialdemokraten in den Reichstag gewählt werden.

Baugewerbeblatt

* Führlichkeit der Bauarbeit. Zu dem Ursprung in Bromberg (siehe Nr. 22 des „Gesamtband“) ist zu berichtigten, daß das Gewölbe, preußische Kappen, nicht auf eisernen Trägern ruhte, sondern ein Stein starke Mauern als Widerlager hatte. Auch soll das Gewölbe schon neun Tage fertig gestellt gewesen sein, bevor die Schalung entfernt wurde.

Geringswald. Beim Ausflugsfahrt des Schießstandes auf den neuen Schützenplatz stürzte eine Erdwand ein, wobei der 42 Jahre alte, berkebschaffte Handarbeiter Ernst Wedewitz verschüttet und gebrochen wurde.

Heilbronn. Am 25. Mai, früh um 6 Uhr, wurde in einem Neubau an der Dammstraße ein Arbeiter tot aufgefunden. Er hatte am Tage vorher bei dem starken Regenwetter allein an dem Bau gearbeitet und war offenbar abgestürzt und sofort tot auf dem Platze geblieben.

Hohenstein-Ernstthal. Am Dienstag, den 24. Mai, kamen drei Handarbeiter in der Breitenstraße auf dem Böttcherberg Neubau dadurch zu Schaden, daß sie mit der Leiter, auf der sie standen, und Biegel langten, zusammenbrachen. Eine ihrer Vorleute, ein 45-jähriger Mann, erlitt einen leichten Kopfschlag.

schwer bleibt, er müsste in's Kronenhaus transportiert werden. Eine andere Meinung ist, daß die anderen beiden müssen die Arbeit auch auf einige Wochen abschieben.

in welcher der Volksrepublik befiehlt war, gab aber nach und kehrte in die Tiefe.

W i l d e n . — Das Hofraumane eines Hauses an der Schäfflerstrasse befiehlt ein 83-jähriger Maurer zum Zwecke Dientchens einer Mauer in Höchst des zweiten Stockwerkes das Untergeteilte alte Wohnumstellung, brach durch und stieß in den gesäfosteren Hofraum hinein. Er erlitt eine schwere Kopfverletzung und eine schwere Gehirnerschütterung, so dass er bewusstlos ins Krankenhaus gebracht wurde.

F o r s z a h i e n
(Eig. Ver.) Schon wieder verbreitete sich
unserer Stobt die Nachricht, von einem Bauunglück. Am
abend des früheren Vaters, lebten Bauenunternehmers aus
der Reichshauptstadt, stand, als ein Arbeiter eine Ladung
steine auf das im zweiten Stock befindliche Gerüst mehrere
Fässer das Gerüst mit in den Raum darunter befindlichen Unter-
schichten und den Arbeiter in die Tiefe; während der Arbeiter
leichter Rettungsbüchungen eingekommen ist, erlitt
ein Unternehmer einen hoffnungslosen Schädelbruch. Durch den Un-
fall in der Bausachstrafe war die Polizei sehr bedient, die
in diesen Arbeiten auszutreiben. Es befanden sich jene
in diesem Tagesschattentum, daß die Bauten nicht an
mehr als jenseits seines Schulden, und Polizeigewissheit an-
wesende, sich einzuhören, ob ein Betriebsschaden vor-

noigen sich einige daran, ob die betreffenden Arbeiter nicht etwa bestimmt gewesen wären. Eine darauf stattfindende öffentliche Verhandlung protestierte energisch gegen derartige Praktiken der Polizei, was eine nocheinmalige Untersuchung des Falles durch Kommissionäre zur Folge hatte. Der tendenzielle Polizeibericht war um so aufsichtiger, als jedem Laien klar wurde, dass hier ein Konstitutionsvorschlag vorlag. Der eine der Berichterstatter ist seinen Verlagerungen wegen; beim zweiten musste eine Limitation des finnen Rechtes eingestehen, welche man nichts bilden darf, das sich die Polizei daran erlaubt, ob etwa der Unternehmer betrunken war. Eine interessante Abwehrfalle führte gegenüber genannt. Er sagte: „Wenn wir Schutzbefohlene bringen, die vorgebrachten sind, dann können wir sie nicht mehr vornehmen und dann müssen wir auch nichts mehr zu bezahlen für die Unfallversicherung.“ Wenn die Unternehmer schon, dass die Arbeiter durch Organisationen den nötigen Nachdruck dahinter seien, damit auch wirklich einmal des Segens der Unfallversicherung heil werden. Und dieser besteht darin, dass alle Magistraturen offen werden, um die Unfallsfälle, sowie es noch menschlicher Ausmaß möglich ist, zu verhindern, damit die Arbeiter recht gehe im Delikt ihrer Gewalt und solchen Arbeitsfehler bleibt. Schneiden es ab. In dem neuen Denkschrift steht beim Anfang eines Städtebaus der Gedanke ein. Ein in's Männerbad getötet, drei so schwer verletzt, dass an Wiederaufkommen gesetzelt wird. Städtebau. Auf einem Neubau der Dammecke hoch aufgetragen, infolgedessen ein Arbeiter zu 3 m hoch trate und einen Kinderschub des rechten Fußes erlitt. Er in's Krankenhaus verbracht.

* **Bauinsturz vor Gericht.** Vor der Strafkammer

sträßburg i. E. wurde am 25. Mai ein Prozeß zu Ende geführt, der wiederum die Profitier des Unternehmertums in ganzem Gemeinschaftsgeist zeigte. Bogen des Neubaus am Weinmarkt, wobei sieben Arbeitern ihre Todesschläge und etwa zehn mit zum Thun schweren Verlegerungen in famen, hielten sich der Architekt Samuel Lando & Söhne in Mainz (Brenzfeld) und der Baumeister Wilhelm aus Saarbrücken (Sulzbach) zu denantworten. Die Giebelöffnung mit der der Neubau ausgestattet worden war, ließ das geradezu stolze Gutachten erkennen, daß Poltbauweise bei einer der fünf gerichtlichen Sachverständigen abgab. Daranfangen an dem Bauwerk die folgenden Hauptüberfälle gegen die allgemeinen Regeln der Baukunst feststellte: 1. Die um die Ausmaß der Baumaterialien für die Fundamente und die geringen Flächen der lebzen unter den Städten; 2. die zu gering bemessenen Dimensionen der Unterwände für die Säulen; die Quader waren aus alter Platten hergestellt und ungünstig hinsichtlich des Materials der Abmessungen; 3. die zu gering bemessenen Flächen aufplatten an den Säulen des Erdgeschosses; 4. die unrichtige Anordnung im Aufbau der Säulen und die Ausnorung der Säule, insbesondere die fehlerhafte, den Konstruktionen nicht entwesende Mittelstütze.

Standflächen des Säulenaußenaues; 5. die mangelhafte Ver-
ankerung der oberen Gebäude; 6. die zu geringe bemessene Breite
und Tiefe der Wandschäler und die ungenügende Auflagefläche
des Unterzuges unter denselben; solche Pfeiler dürfte weder ein
Baumeister noch ein Architekt projektiert, der es
nur eingerahmt mit seinen Bildern ernst nehmen. Landshut
würde zu ach! Sagt ja es sich Wohlmeinen Gefügnis
verurtheilt. Beiden wurden die nicht unerheblichen Kosten
des Verhofs angesetzt.

* Evangelischlicher Arbeiterschutz. In Offen-

Die **Stadt** ist nunmehr auch eine Polizeibehörde, um Schäfte der Bauarbeiter erschaffen werden. Die Vorstufen bewege ich im Allgemeinen in den Grenzen gleicher Polizeiverordnungen, wie sie in Frankfurt a. M., Mainz und anderen Orten gegeben sind und bedeuten gegenüber der Unfallverhütungsvorschrift der hessischen Bauaufsicht einen wesentlichen Fortschritt. Sanitäre Vorschriften, betreffend Arbeit und Aufenthaltsraum, sollen nach später erörtert werden. Der Auftrag des Arbeiters, mit der Kontrolle der Ausführungen der Vorstufen in den Bauhandwerken gewünschte Aufsichtsmitgliedern einzutragen, wurde leider von dem Stadtoberbaudirektorium abgelehnt. Zurückzuführen ist der Gesetz der Vorstufen auf die Initiative der Bauarbeiter, welche durch eine Kommission einen Entwurf für „Borsten“ zur Bekämpfung des Mißstandes aufbauten“ anarbeiten und dem Stadtoberbaudirektorium unterbreiten ließen.

* **Kunstgranit**, wird jetzt in Berlin verarbeitet. Nach Notiz in der „Baugewerbezeitung“ sieht der Kunstgranit dem natürlichen Granit so ähnlich, dass er im Ansehen nicht von diesem zu unterscheiden ist, ebenso die Bearbeitung, welche den Eindruck gesetzten Granit macht. An die Mauerflächen wird die Masse angebracht wie Putz, erfordert 8—14 Tage und wird dann von Steinmetzen mit den üblichen Werkzeugen bearbeitet. Größter Werkstoff, Säulentrommeln, Pfeilfänger werden in der Fraktur hergestellt und fertig auf den Platz gebracht. Der Kunstgranit besteht im Wesentlichen aus gesintertem Granit mit einem etwas gehaltenen Bindemittel. Die Masse ist in Wien schon mehrfach angewendet sein und sich gut bewährt haben. Der Preis eines Wandabdeckbleches soll sich für Quadratmeterfläche auf etwa 14.—15. fassen.

Der baugewerbliche Arbeiterschutz und die Petitionsdeputation der zweiten Kammer des sächsischen Landtages

Die Vertrauenspersonen der Baumeister im Königreich
sind hassen unter 21. Februar d. J. bei der zweiten Kammer
Erweiterung des Arbeitgeberstifts auf den Bauunternehmen.
Die Betreter nahmen in ihren Darlegungen Bezug auf die
von bekannten Ministerialerlassen, wonach unter Hinweis auf
§ 120 b der Reichsverordnung den Baupolizeibehörden
gegeben wird, die erforderlichen Maßregeln für den König
Gefürdheit und Stiftlichkeit der Baumeister bei Erteilung der
Aufzonen zu treffen und sagen dann weiter, diese Verord-
nungen hätten ihren Zweck verfehlt, weil sie die bei den eigen-
Bauherren befindlichen in Baugewerbe nothwendigen braüser
Maßregeln vermissen lassen, und gleichzeitig die Durchführung
Reformen den Gewerken überlassen, die in Mülligkeit auf die
durch entstehenden Kosten derselben ihre eigene Interpretation
haben hätten.

Am 23. Juni 1896, führten die Betreter aus, habe die Staatsbaugesellschaft neue Unfallversicherungsschriften erlassen. Dieselben seien zwar geeignet, bei richtigiger Anwendung derselben durch die Unternehmer und die Betriebsgemeinschaft, dem Arbeitgeber einen anderen Charakter zu verleihen; da aber das nach § 139 b der Reichsgesetzerordnung nach § 8 des Unfallversicherungsgesetzes ermächtigte Zusammensetzen der Beauftragten der Betriebsgemeinschaft einsetzen mit den staatlichen Aufsichtsbeamten anderweitig, ferner, so

mit den heutigen Aufsichtsbehörden anderseits fehle, so auch eine Besserung des Nebelstandes nicht zu befürchten. Sei es deshalb die Gesetze, die nach der kaiserlichen Verordnung von 1881 dazu bestimmt waren, die Lage der gewerblichen Städte zu heben, in ihrer Wirkung an den Bauarbeiten Lagobörberg gegengehalten. Die Mühlandschaft in Bauschweig bestätigt, in jeder und heranzuhorrender Art und Weise, nicht so sehr zu bestimmende Misere das Leben bis dahinige, die durch die Bautätigkeiten verjüngt zu werden. Gerüste hierfür geben die Petitionen an: Mangelhafte Beleuchtungen, Gerüste, schlechte Gerüstsäulen, Unterordnung der beschäftigten Schutzbefürtungen, Verwendung von unzureichenden Baumaterialien, Vernachlässigung der technischen Säfte und Überprüfung der einzelnen Arbeiter. Die Unfallzahlen, im allgemeinen

Die Unfallgefahr im Baugewerbe, heißt es weiter, in der
Sichtung, werde nicht unbedeutend beeinflußt durch das
Vortheilserrecht. Dasselbe habe sich in den letzten Jahr-
zehnten zu einem Schuhwerk aufgestellt.

zu einem Schutz des unfaulenden Manipulation ent-
steht; der fälschliche Dilettant in den Groß- und Mittelstädten
eine Hypothekenslangländer; derselbe kann aber wieder gütlich
streitfreiglich berantwortlich gemacht werden bei hochmoralisierenden
Menschen, denn er überlässt die wirtschaftsfähige Wahr-
heit seines Interesses dem Hypothekenmarkt und die zulässige
streitfreigliche Berechnungswertur für den Bau-
kosten. Leichter ist aber meist, sowohl in hohemmaß als
in finanzieller Beziehung unsicher; besonders halten auch
die fallverhinderungsbedürftigkeit der Baugewerbe genossen
mit ihren Gehaltsberufen keinen Berch. Es beruhen daher
ihren wirtschaftlichen Interessen der beweglichen Arbeit, der
der Schutz von Leben und Gesundheit beruhen auf einer
ihnen Grundlage, so lange nicht der Hypotheken-
markt für alle Unfälle bestehen gemacht werden kann. Aus
seinen Gründen entsteht, aber nicht selten, eine

leichten Gründen entstehen oder auch sehr oft den beweisenden Arbeitern nicht unbedeutender, wirtschaftlicher Schaden Lohnherabsetzung und dergleichen. Weiter wird gefragt: die Vorzüglichkeiten bei Bauten haben nicht, wie in der Industrie, längeren, sondern nur einen einmaligen Nutzen, auf die Dauer drehenden Baues auszugsweise Werth, und werden schon b die bestmöglich von den Unternehmern die Ausgaben dafür vorgezogen worden. Geld bestandet. Nachdem die Betreuer als die Gründe der vermehrten Unfallsgefahr im Bau- und speziell aufzuführen, weisen sie darauf hin, daß und jugendliche Arbeiter unter Unfallsgefahren weit größerem Werthe unterliegen, und daß daher eine Versicherung solcher bei Wohnbauten überhaupt verboten werden müsse. Es kann handeln die Befürchtung von den Berufs-
künsten und Sittlichkeitserfahrungen.

"Manifest" hinwiesen auf die Ausgestaltung der Klassenfeindschaften in der bürgerlichen Gesellschaft. Es wird in diesem hochdeutsch-sammlichen Dokument geschilbert, wie der Kapitalismus im Bunde mit Dampfkraft und Maschinerie den industriellen Mittelstand vernichtet. Die bisherigen kleinen Mittelstände, die kleinen Industriellen, Kaufleute und Rentiers, die Handwerker und Bauern, alle diese Klassen fallen in's Proletariat hinab, teils dadurch, daß ihr kleines Kapital für den Betrieb der großen Industrie nicht ausreicht und der Konkurrenz mit den größeren Kapitalisten erliegt, teils dadurch, daß ihre Geschäftigkeit von neuen Produktionsweisen (im Dienste des Kapitals) ausgebeutet wird."

Geschieht vor 50 Jahren, als in Deutschland die Großindustrie sich noch im ersten Stadium ihrer Entwicklung befand!

Der Kernpunkt dieser die Beurteilung des ganzen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungsprozesses höchst wichtigen Thatsache trägt das Programm der sozialdemokratischen Partei Deutschlands Neigung, indem es ausführt: "Die ökonomische Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft führt mit Naturnothwendigkeit zum Untergang des Kleinbürgertums, dessen Grundlage das Privatentgegenkunst des Arbeiters an seinen Produktionsmitteln bildet. Sie trennt den Arbeiter von seinen Produktionsmitteln und verwandelt ihn in einen beseitigten Proletarier, indem die Produktionsmittel (Kapital, Grund und Boden, Werkzeuge, Maschinen, Rohstoffe usw.) das Monopol einer verhältnismäßig kleinen Zahl von Kapitalistischen und Großgrundbesitzern werden. Hand in Hand mit dieser Monopolisierung der Produktionsmittel geht die Verbrändung der zerstörten Kleinstbetriebe durch kolossale Großbetriebe. Alle Vortheile dieser Umwandlung werden von den Kapitalistischen und Großgrundbesitzern monopolisiert. Für das Proletariat und die versinkenden Mittelschichten bedeutet sie wachsende Zunahme der Un Sicherheit der Existenz, des Glücks, des Drudes, der Knebelung, der Erziehung, der Ausbildung, der Ausbeutung."

Diese Darlegungen sind, obwohl sie lediglich offenkundig vor Aler Augen sich vollziehende Thatsachen betreffen, von den Vertretern des kapitalistischen Systems fast lebhaft bestritten worden. In der Offenbarung dieser Wahrheiten, die jeder erkennen kann, der nicht mit völliger Gleichheit geschlagen ist, hat man den Grund gefunden zu der Frage, die Sozialdemokratie stehe dem Mittelstande "feindlich" gegenüber!

Die Vertreter der großkapitalistischen Interessen behaupten, es sei nicht wahr, daß der Mittelstand zu Grunde gehe; derselbe sei gegenüber der kapitalistischen Konkurrenz "durchaus lebenskräftig und existenzfähig".

Das ist eine tendenziöse Unwahrheit, darauf bezogen, die Mittelschichten über ihr Schicksal hinweg zu täuschen.

Wenn es noch eines besonderen Beweises dafür bedürfte, daß diese Schichten zerstört werden und verschwinden, so wäre es gegeben in der sogenannten "Mittelstandspolitik", deren Pflege sowohl weite Kreise des Mittelstandes selbst, vor Allem die der Bänklerie ergebene Handwerker, als auch Regierungen und sogenannte "staatserhaltende" Parteien seit Jahren obliegen. Die Parole dieser Politik ist: Dem Mittelstande muß auf dem Wege der Gesetzgebung geholfen werden, damit er nicht der Vernichtung anheimfalle."

Unausgesetzt erwähnen aus den Kreisen der Kleinbetreibenden die Stimmen, die da erklären, daß der Mittelstand verloren sei, wenn Staat und Gesellschaft ihm nicht Schutz gewähren gegen die übermächtige kapitalistische Konkurrenz.

Dann mit wohl die Richtigkeit der angeblichen sozialdemokratischen "Irrlehre", daß der Kleinbetrieb dem Untergange geweiht ist, vollauf bestätigt.

Alle rechts stehenden "staatserhaltenden" Parteien treiben "Mittelstandspolitik"; sie versichern, redlich bemüht zu sein, "dem Mittelstande zu helfen".

Schwund! Sie glauben, wie wir schon in unserem ersten Artikel bemerkten, selbst nicht daran, daß es Mittel giebt, "dem Handwerk seinen goldenen Boden wieder zu erobern". Solch eine Hilfe würde nur dann möglich sein, wenn es gelingen könnte, die großkapitalistische Wirtschaft zu besiegen und die wirtschaftlichen Verhältnisse wieder herzuführen, die vor Jahrhunderten die Grundlage des Handwerks bildeten. Das aber ist eine Unmöglichkeit, die Kultur läßt sich nicht zurückdrücken, wo alle Bedingungen für ihren Fortschritt vorhanden sind.

Die ganze "Mittelstandspolitik" verdankt ihre Entstehung und Entwicklung lediglich der Furcht vor der

Sozialdemokratie, in Verbindung mit politischer Berechnung zu Gunsten bestimmter Parteiinteressen.

Der Mittelstand ist unzufrieden mit seiner Lage und wird es immer mehr. Die große Masse der Kleinbetreibenden, der Handwerker usw. führt, bedrängt von Noth und Sorgen, eine wahrhaft proletarische Existenz, ist vielfach noch schlechter daran, als die Klasse des Lohnarbeiters.

Dieser Mittelstand suchen sich die konserватiven, ultra-montanen und antisemitischen "Mittelstandspolitiker" zu Nutze zu machen. Durch demagogische Vorstiege wollen sie verhindern, daß das Kleinbürgertum der Sozialdemokratie anheimfällt. Es handelt sich um etliche Millionen Stimmen, die bei der Reichstagswahl ins Gewicht fallen. Um die Stimmen der Kleinbetreibenden zu bekommen, schmeichelt man ihnen, schwindelt man ihnen, schafft und erfolgreiche Hilfe durch die Gesetzgebung vor. Und wenn es irgend geht, missbrauchen die "Mittelstandspolitiker" im Parlament ihre Stellung dazu, "durch die That zu beweisen, daß sie es gut meinen" mit den Mittelständen, indem sie Gesetze schaffen, von denen sie behaupten, daß aus ihnen Hilfe kommt, die aber niemals Hilfe gewähren werden!

Diesen Schwund macht die Sozialdemokratie nicht. Sie sagt den Handwerkern, den Kleinbürgern die Wahrheit, erwacht nicht in ihnen trügerische Hoffnungen. Sie widersteht mit dem technischen und wirtschaftlichen Fortschritt der vollen Entwicklung der Produktionskraft auf der Basis des Großbetriebes nicht, weil sie darin eine naturnothwendige Prozeß, den Durchgangspunkt zu höherer Produktions- und Betriebsform auf sozialistischer Grundlage sieht.

Nicht darum kann es sich nach Maßgabe der entwidlungsgeschichtlichen Notwendigkeit handeln, auf überlebt und vernichtete wirtschaftliche Organisationen zurück zu greifen. Soll der Kapitalismus die wirtschaftliche Herrschaft der Besitzübereignung überwunden werden, so kann das nur geschehen in vorwärtsliegender Richtung, dadurch, daß eine von der Besitzübereignung emanzipierte, durchaus auf das Recht der Arbeit gegründete Wirtschaftsordnung geschaffen wird, wie die Sozialdemokratie sie anstrebt.

Ist vom Rechte der Arbeit die Rede, so sind darin die berechtigten Interessen aller, die ehrlich arbeiten, selbstverständlich auch der Handwerker, eingebettet.

Die Interessen der Handwerker, der Kleinbetreibenden überhaupt, lassen sich vernünftigerweise gar nicht trennen von denen der Lohnarbeiter. Man mußtet den Handwerkern einen selbstverwölkten Wahnsinn zu, wenn man von ihnen fordert, sie sollten eine elende reaktionäre Politik unterstützen und mit dazu helfen, daß den Arbeitern die Bewegungsfreiheit genommen, die Kavalierei geradewortheit geraubt werde.

Weshalb wollen die sogenannten "Staatsvertreter" den Arbeitern diese Freiheit nehmen? Um sie zu verhindern, sich besser Existenzbedingungen, höhere Löhne, ein menschenwürdiges Dasein zu erkämpfen! Auf die Ausbeutung der Arbeit ist die kapitalistische Wirtschaft gegründet. Mögliche Ausbeutung, möglichst fühlbare Bezahlung der Arbeitskraft entspricht der kapitalistischen Tendenz. Der Arbeiter soll die "Eugend der Bedürfnislosigkeit" über, damit das Kapital um so leichter den Profit einzammlung obliegen kann.

Wenn die Kleinbetreibenden ihren gesunkenen Menschenvorstand zu Ratte ziehen, so müssen sie sagen, daß es kein ärgerliches Mittel, den Mittelstand vollends zu vernichten, gibt, als die Durchführung solch einer elenden Interessenspolitik!

Von den "Oberen Schätztausend" kann die Masse der Handwerker, der Kleinbetreibenden, nicht existieren. Sie sind auf die Konsumkraft der Arbeiterklasse angewiesen. Zu demselben Maße, wie diese Konsumkraft geschwächt oder vernichtet wird durch die kapitalistische Ausbeutung, erfahren nicht nur die Lohnarbeiter, sondern auch die Kleinbetreibenden eine schwere Schädigung. Gingegehn kommt jede Gedung der Lebensstellung, die der Arbeiter erreicht, den Kleinbetreibenden zu Gute. Je konsumfähiger der Arbeiter ist, je besser er wohnt, sich ernährt, sich ernährt kann, je mehr er im Stande ist, seine kulturellen Bedürfnisse zu steigern und ihnen zu genügen — je mehr kann auch der Handwerker, der Kleinbetreibende seine Existenz noch einigermaßen, wie denn überhaupt jede Steigerung der Konsumfähigkeit der Massen günstig auf Produktion und Handel zurückwirkt.

Das sind Erfahrungss-Thatsachen, die alle Kleinbetreibenden gebührend berücksichtigen sollten.

Wenn horrierte Bündler gemeinsame Sache mit den reaktionären Parteien zur Unterdrückung der Arbeiterklasse machen, so dienen sie nicht den Interessen der Handwerker usw., sondern dem Ausbeutungs-Interesse des großen Besitzes.

Der vernünftige und aufgeklärte Handwerker und Kleinbetreibende geht mit der Arbeiterklasse, zu der er recht eigentlich gehört, mit der Sozialdemokratie, welche die Interessen der ehrlichen Arbeit vertritt. Er steht zu ihr, besonders am Tage der Reichstagswahl!

Auflösung.

* Schön wieder ein Maßnahmenblatt im Kohlenstaat. Auf der Begehung des Boller (der Gelenkthütchen Bergwerksgegenstand angebaut) sind am Sonntag, den 22. Mai, 47 Bergleute um's Leben gekommen. Ein Grubenbrand war die Ursache. Nach der Berg- und Güterarbeiterzeit, ist der Brand entstanden in der Brennraumzone eines Aufbruchs oder Jogen-Stapel, der ungefähr sechs Meter vom Schacht entfernt, den Zweck hatte, die Molken vor der vierzig nach dem dritten Schiefe zu fördern. Die Maschine raste, brachte die Decke mit, die verdeckte die gewöhnlichen offenen Lampen und wucht mit Benzolin ausflog. Ein gut schen zu können, bremt die Flamme gewesen sein, doch es flog hoch. Es kann die Möglichkeit vorhanden haben, daß die Flamme das Holz oder, wie verchiedene Männer berichten, ein Hanfseil angefacht hat. Beides ist anzunehmen. Das Holz war leicht entzündbar, da das Öl von der Brennraum im Stapel heruntertrüpfelte und sich an den Höhern festlegte. Auch ist das Holz, da die Grube nur wenig feucht ist, durch und durch trocken. Hat die Flamme hier angegriffen, so kann sie leicht nicht wieder zu erlischen. Hier drängt sich uns eine Frage auf: Die Gefahr war schon vorher vorhanden, was also sind brennende Lampen noch im Gebrauch? Überhaupt wird selbst das Rauchen streng verboten, in der Grube, wo die Gefahr einer größeren ist, läuft man noch junge Leute mit einer solchen Lampe herumkauant!

* Über die Schiedsgerichte der Arbeitersicherung in Bremen berichtet der Handelsminister in Nr. 121 des Reichs-Anzeiger vom 21. Mai einen Bericht auf die Zeit vom 1. April 1898 bis 31. März 1897. Darin haben die Schiedsgerichte für die gewerbliche Unfallversicherung von 19.974 anhängigen Verurteilungen 16.786 Berichtigungen in 1582 Sitzungen erledigt, die Schiedsgerichte für die land- und forstwirtschaftliche Unfallversicherung von 15.602 anhängigen Verurteilungen 12.438 in 2171 Sitzungen der Schiedsgerichte für die auf Grund des § 4. Ziffer 2 des Baumfällungsgesetzes durch die gewerbliche Versicherung erlassenen Kommunalverbände usw. von 82 anhängigen Verurteilungen 65 in 44 Sitzungen, die Schiedsgerichte der Unfallversicherung für Metall- und Staatsbetriebe (auschließlich der Betriebe der Haushaltverwaltung) von 19.966 Verurteilungen 1040 in 211 Sitzungen.

Die Schiedsgerichte der Infanteriehütte und Alfesüberförderungsanstalten Preußens, der Pensionskasse für die Krieger der preußischen Staatschiffahrt-Berufsmiliz zu Berlin, der Norddeutschen Knappenhütte-Pensionskasse zu Halle a. S., des Knappenhütte des Saarbrücker Knappenhüttevereins zu Saarbrücken und des Allgemeinen Knappenhüttevereins zu Bremen haben insgesamt von 21.178 Verurteilungen 16.906 in 2789 Sitzungen erledigt.

* Jubiläum: 100. Altersrenten. Nach der im Reichsberichtsamt angekündigten Zusammenfassung betrug die Zahl seit dem Inkrafttreten des Infanteriehütte- und Altersberichtsgesetzes bis einschließlich 31. März 1898 von den 31 Berichtszeitraumskontrollen und den nun vorliegenden Jahresabschlüssen bewilligte Infanterirenten 817.095; davon sind 310 Löden oder das Auszehrung der Erwerbsfähigkeit, 80% aus Infanterienten, oder aus anderen Gründen weggestaffelt 93.192, so daß am 1. April 1898 liegen 223.903 gegen 210.859 am 1. Januar 1898. Die Zahl der während des Zeitraumes bewilligten Altersrenten beträgt 323.884; davon sind infolge Lödes oder Auszehrung der Erwerbsfähigkeit oder aus anderen Gründen weggestaffelt 100.462, so daß am 1. April 1898 liegen 203.892 gegen 203.644 am 1. Januar 1898. Beitragsverhältnisse sind bis zum 31. März 1898 bewilligt an weibliche Versicherte, die in die Ehe getreten sind 200.205 gegen 171.892, am die Hinterbliebenen von Versicherten 48.116 gegen 41.591, zusammen 248.321 gegen 212.988 sind zum 31. Dezember 1897.

* Der Deutsche Metallarbeiterverband hat im vorherigen Jahr A. 426.262,65 Beiträge, A. 13.514,60 Eintrittszahlungen und A. 36.273,94 durch Überleistungen aufgelöste Vereine umgenommen und A. 97.785,43 Streifenhilfung, A. 21.965,46 Meldepflichtung, A. 11.290,86 weitere Unterstützung, A. 98.677,80 in den Vermögensstellen, A. 58.684 für das Verbandsorgan, A. 91.10 an Kosten für die Generalsversammlung, A. 895,99 für Agitation, A. 3785,82 für Medizistik, A. 13.400 Unterstützung an andere Gewerkschaften (darunter A. 5000 für die englischen Maschinendienner, A. 4456,80 an die Generalversammlung, A. 29.195,95 Verwaltungskosten usw.) ausgetragen. Das Vermögen ist bei 59.890 Mitgliedern von A. 63.682,87 auf A. 46.829,15 gestiegen. Leider ist die Kasse von Kassen und Bevollmächtigten in 68 Fällen um insgesamt A. 3021,22 geschädigt worden.

* Das Gewerkschaftsarchiv in Schweinfurt heißt den reisenden organisierten Arbeitern mit, daß ein Centralheberge errichtet wurde. Dieses befindet sich im Gasthof "Zum goldenen Löwen". Das Nebenhaus ist 25 A. für Eifer und Tränen sind mäßige Preise zu zahlen. Die gewerkschaftliche wie politische Presse liegt dort auf. Die reisenden organisierten Kollegen werden erfreut, nur in der Centralheberge, im Gasthof "Zum goldenen Löwen", zu übernachten.

Herr im Hause!

Der Unternehmer will Herr im Hause sein. Das ist in Deutschland eine scheinbare Redensart geworden. Wenn der Unternehmer irgend eine Förderung erheben, sei es auf Antrag der übernatürlichen langen Kreiszeit, sei es eine Erhöhung des Lohnes wird ihnen von dem Unternehmer die Antwort: "Wir

Für Protokolle vom IV. Verhandlungstag
in Magdeburg.
Walbenburg M. —60, Crimmitzschau —20, Hammober 4,40.
Summa M. 5,20.

Für Broschüren
„Mitschriften im Handelsgewerbe“.
Markranstädt M. —60, Crimmitzschau 1,20. Summa M. 1,80.
„Minimallohn und Maximalarbeitszeit“.
Crimmitzschau M. —45, Delmenhorst 2. Summa M. 2,45.
Hamburg, den 24. Mai 1898.

J. Röster,
Hamburg-St. Georg, Neue Dammestr. 16, I. Gt.

Zentral-Krankenkasse
der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stuckateure
Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“ (c. H. Nr. 7).

Die nachstehenden berühmtesten wie das von Wahl-
kommuniar Michael Schäffer in Erfurt eingeschauten Meisterat der
Stichbauten für die Abgeordneten zur Generalversammlung.
(Siehe Nr. 17 des „Grundstein“.)

10. Weißbinder: Abgegeben für Zehn in Paradies 210 Stimmen,
für Appel in Dresden 75 Stimmen. Demnach ist Zeh
gewählt.

11. Weißbinder: Abgegeber für Schlüssel in Halle 79 Stimmen,
für Schäffer in Erfurt 195 Stimmen. Demnach ist Schäffer
gewählt.

12. Weißbinder: Abgegeben für Schwobbel in Stedebach 124 Stimmen,
für Dör in Elisen 75 Stimmen. Demnach ist Schwobbel
gewählt.

13. Weißbinder: Abgegeben für Schmitt in Düsseldorf 195 Stim-
men, für Menzel in Köln 177 Stimmen. Demnach ist
Schmitt gewählt.

Der Vorstand.
S. A.: W. Lehmar, Vorsteher.

Rechnungs-Abschluß für das erste Quartal 1898.
(Januar, Februar und März.)

G i n n a h m e .

Maurer-Raufensbestand für den Anfang des Jahres M. 31789,25
Eintrittsgelder..... M. 1100,—

Beiträge in der 1. Klasse..... M. 45277,80
2..... 48825,—
3..... 5523,30
4..... 525,60
Gefreisteuer..... 25,20

..... 100185,70
Geschäftsleistungen von Betriebsgenossenschaften und
Unternehmungen..... 1554,82

Büroabgaben Sparkassenanlagen..... 10000,—
Sonstige Einnahmen: Quittungsbücher, Straf-
gelder usw..... 724,85

Summa der Einnahmen..... M. 145996,62

G i s s a g e .
Für ärztliche Behandlung..... M. 15716,51
Für Arznei und sonstige Gesundheit..... 9565,91

Krankengelder:
a) Als Mitglieder in der 1. Klasse M. 83997,—
2..... 81448,—
3..... 6819,80
4..... 837,80

b) Als Angehörige..... M. 2085,50
2..... 2409,76
3..... 711,46

Kurz- und Verpflegungsabgaben an Krankenanstalten..... 5186,70
Bürdigkeitszahl Beträge und Entlastungsabgaben..... 5210,41

Verwaltungsausgaben: a) personale M. 7145,10
b) sachliche 9,65

Summa der Ausgaben..... M. 2379,65
Summa der Ausgaben..... M. 118405,86

A b s c h l u s s .

Summa der Einnahmen..... M. 145996,62

Summa der Ausgaben..... M. 118405,86

Baardstand am Schlüsse des 1. Quartals..... M. 28887,76

Baardstand laut Abschluß..... M. 28887,76

In Sparkassen-Anlagen..... M. 84919,41

Demnach beträgt das Gesamtbvermögen..... M. 373507,17

Nach dem vorläufigen Abschluß beträgt dasselbe..... M. 891851,66

Demnach ein Vermöger am Schlüsse des 1. Quartals M. 14844,49

Auf den Schlüsse des 1. Quartals zählt die Kasse 205 örtliche

Verwaltungseinheiten mit 15507 Mitgliedern.

Altona, den 21. Mai 1898. K. Reiss, Kassier.

Vorstehende Abrechnung ist von uns geprüft und mit den
Kassenbüchern und Belegen überreinstimmend befunden. Das
Vermögen der Kasse ist uns nachgelesen resp. vorgelegt worden.

Die Kassiererschaft:
G. Löchner. P. Schulze. L. Ohle.

In der Woche vom 15. bis 21. Mai sind folgende Beträge
eingezogen: Von der örtlichen Verwaltung in Alt-Göttinge
M. 800, Niedorf 800, Bremke 800, Spanberg 200, Böbed 200,
Gieß 400, Deutsch-Wilmesdorf 100, Schwebis (Elber) 100, Gieß-
furt 50, Genthin 50, Vergöben 40,50. Summa M. 2040,95.
Büchsen erhielten: Dresden-Süd 200, Bremke 100, Gieß-
dorf 200, Böbed 80, Gieß 125, Gießfurt 121,50, Gießbergheim 121,50,
Friedland 100, Gießhagen 80. Summa M. 948.

Altona, den 21. Mai 1898.

Karl Reiss, Hauptkassier, Friedrichsbadestr. 28.

Anzeigen.

Nachruf.

Unser Verbandskollege, der Maurer
Joh. Jakob Lochmann,
ist im Alter von 84 Jahren nach kurzen aber schweren
Leidern verstorben.
Ehre seinem Andenken!
[M. 8,60] Die Bahnstelle Mindenheim.

Nachruf.

Am Sonntag, den 15. Mai, verschied nach kurzem
Krankenlager unser Verbandskollege
Jakob Reitz
im Alter von 47 Jahren.
Ehre seinem Andenken!
[M. 8,80] Die Ortsverwaltung der Bahnstelle Geithain.

Nachruf.

Am 15. d. M. starb unser Verbandskollege
Fritz Grützmacher.
Ehre seinem Andenken!
[M. 2,70] Die Bahnstelle Weissensee.

Nachruf.

Am 17. Mai verstarb unser Verbandskollege
Ludwig Kunz
nach langem und schwerem Leiden im 61. Lebensjahr.
Ehre seinem Andenken!
[M. 8] Die Verbandskollegen von Meerane.

Nachruf.

Am Montag, den 16. Mai, entschlief nach langem
schwerem Leiden der Verbandskollege
Hans Fank
im Alter von 24 Jahren.
[M. 8] Bahnstelle Rendsburg.

Nachruf.

Am 8. Mai verstarb an Lungenleiden unser treuer
Verbandskollege
Johann Gräber
im 89. Lebensjahr.
Ehre seinem Andenken!
[M. 8,80] Die Bahnstelle Scharmbek.

Nachruf.

Nach langem und schwerem Leiden verstarb unser
Verbandskollege
Wilh. Nickolei
im Alter von 32 Jahren.
[M. 8,30] Die Bahnstelle Dotzheim.

Bahnstelle Rathenow.

Am 3. Pfingsttage:

Ausflug.

Wiederholung vom Lokale „Zur Eintracht“ (Stockfisch)

Morgens um 8 Uhr

reicht rege Besetzung erwart. Die Lokalverwaltung

ist in jeder Mitgliederberatung und an jedem Tagtage statt.

Karten und Bücher sind zu diesem Zwecke stets mit zu führen.

Aufforderung.

Die Bahnstelle Olvenstedt fordert sämtliche Kollegen von
Magdeburg und Umgegend, solweit sie wegen Ausbildung
abgereist sind, auf, treu in der Ferne anzupassen. Gleichzeitig
erfreuen wir die Kollegen um Aufwendung von Nachrichten über
Nachtsgelegenheit, damit den nun nicht abgereisten ausgeliehenen
Kollegen der Weg gezeigt wird, Magdeburg den Rücken zu
kehren. Aufwendung von Nachrichten entgegen sehend, geschickt
mit folgendem Gruss.

Die Bahnstelle Olvenstedt.
S. A.: Andr. Brüggemann, Bahnmeister.

Crimmitzschau.

Zur Kenntnis der Kollegen, daß meine Wohnung sich
nicht mehr Kirchbergstraße, sondern Obere Luisenstraße 20
befindet.

Eduard Lippold, Vertrauensmann der Maurer,

[M. 2,10] Leiter.

Aufforderung.

Der Maurer H. Hintz, Bahn-M. 15488, aus Südbad,
wird hierdurch aufgefordert, seinen Verpflichtungen in Höfiger
Bahnstelle nachzukommen.
[M. 1,80]

Die Bahnstelle Münster i. W.

Bahnstelle Flensburg.

Sehr bitte, mit den Aufenthalts- und Mietverhältnissen
Ewald, Bahn-M. 10 612, mitzuholen.
[M. 1,50]

J. Warmbier, Postmeister.

Johann, privat M. 6, echte Hamb. Oberbockhof I. M. 6,50, II. M. 4,80,
III. M. 2,50 portofrei. Koll. Hohlfeld, Dresden-N. Mitterste. 4.

Doppel-Leder-Holen

in silbergrau, ohne Abreiter, weiß wie Sonnen, mit Schlepp-
taschen, mit starken silbergrauen Schnüren gehäkelt, in nur si-
cheren Qualitäten, stark. Paar, netto 1 kg schwer, nur M. 5, mittel-
stark, netto 900 g schwer, nur M. 4,50. Gänzlich bezugslos-
frei per Nachnahme.

W. Ad. Langer, Lenzenbörß i. S.
Angabe der Schrittlänge und Leibweite genügt für guten Erf.

Fabrikation

schwerer

Arbeitsgarderobe.

* * *

anerkannte Qualitäten!

Berühmt

durch

Solidität

und

Schnitt.

Versand

porto frei

gegen

Nachnahme

nach allen Plätzen.

Prompte, beste Bedienung.

Man verlangt ausführliche

Preislisten!

Ausrüstungen für Maurer!

Breitestr. 45
W. Mosberg
Bielefeld

Breitestr. 45
Genossen! Kauf nur den

von Jean Blos, Stein bei Nürnberg.

Arbeitsmarkt

Genossen! Sofort einige tüchtige Maurer, bei dauernder Be-
beschäftigung. Mögeln, Baumeister, Silber-
bräuerei (Schleswig).

Herrn Böhl, 2 Uhr, die Kollegen werden den umliegenden Orts-
gemeinden besucht, pünktlich zu erscheinen.

Die Bahnstelle wird im

Bayreuth. Die Bahnstelle wird im

Geisenfeld gemacht.

Breitestr. 45, 10 Uhr, bei Säges, Diebstahl. Die Kollegen

sind freudigst gebeten zu erscheinen.

Dienstag, 31. Mai:

Rhinow, 2 Uhr, bei Sieg. Es fehlen nochwändig. Bücher und
Gesellen werden gesucht, pünktlich zu erscheinen.

Mittwoch, 1. Juni:

Annaburg, 2 Uhr, die Kollegen werden den umliegenden Orts-
gemeinden besucht, pünktlich zu erscheinen.

Die Bahnstelle wird im

Bayreuth. Die Bahnstelle wird im

Geisenfeld gemacht.

Donnerstag, 2. Juni:

Friedenheim, 2 Uhr im „Ring Mar.“. Besenest: Edelstein, alle
Kollegen müssen anwesen sein.

Sonnabend, 4. Juni:

Gräfinau, 2 Uhr im „Schwarzen Adler“, Bahnstelle.

Sonntag, 5. Juni:

Egeln, Bahn-M. 2½ Uhr bei Hellmann. Die Kollegen haben pünktlich
und zahlreich zu erscheinen.

Gr. Karben, Bahn-M. 2½ Uhr bei Böhl. Die Kollegen haben pünktlich.
Die Bahnstelle wird im „Weisen Hof“. Die Kollegen haben pünktlich
zu erscheinen.

Podebach, am ersten Pfingstferiertage läuft aus.

Zerbst, Kollegen, erscheint pünktlich in der Bahnstelle. Tagesordnung
dürfen nicht wichtig.

Verbandsversammlungen der Stukkateure.

Montag, 6. Juni:

Hamburg, 2 Uhr bei Böhl. Böhl, 2½ Uhr: Bahnstelle.

Die Bahnstelle wird im

Bochum, 2 Uhr: Bahnstelle.

Druck: Hamburger Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Klemm & Co.
in Hamburg.